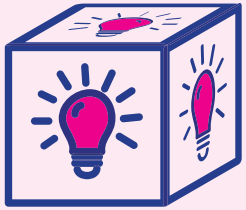
Workshop: Wissenschaft und Politik in der Pandemie – Lektionen der COVID-19 Krise



LOGBUCH

Im Rahmen des von der VolkswagenStiftung geförderten Projektes:
„Improving Interdisciplinary Knowledge Integration in Public Health Crisis Management“

VolkswagenStiftung

Simon Lohse
Jörn Knobloch (Hg.)

Inhalt

· Einleitung ↪ 05

Ausgewählte Beiträge
· **Jochen Franzke** Politikkoordinierung am Beispiel der Bund-Länder-Konferenzen und die Rolle der Politikberatung in der Pandemie ↪ 11
· **Philippe van Baßhuysen** Performativität von epidemiologischen Modellen: Fluch oder Segen? ↪ 19
· **Friederike Hendriks** Wissenschaftskommunikation in der COVID-19 Pandemie und ihr Umgang mit Unsicherheit und öffentlichem Vertrauen ↪ 24
· **Verina Wild** Chancen und Grenzen von Public-Health-Ethik in der Politikberatung ↪ 32
· **Karim Bschir** Zur Integration von Fakten und Werten in der wissenschaftlichen Politikberatung ↪ 37
· **Michaela Pfadenhauer** Zum Verhältnis von Professionalität und Expertise am Gegenstand der Corona-Pandemie ↪ 46
· **Ortwin Renn** Gefühlte Wahrheiten – Politikberatung in postfaktischen Zeiten ↪ 51
· **Christian Anton** Institutionalisierte Beratung unter Zeitdruck: Die Ad-hoc-Stellungnahmen der Leopoldina ↪ 60
· **Richard Münch** Benevolenter Paternalismus - Regieren nach Corona ↪ 67
· **David Kaldewey** „Follow the Science“ in Zeiten der Pandemie ↪ 72

· Workshop-Programm ↪ 79

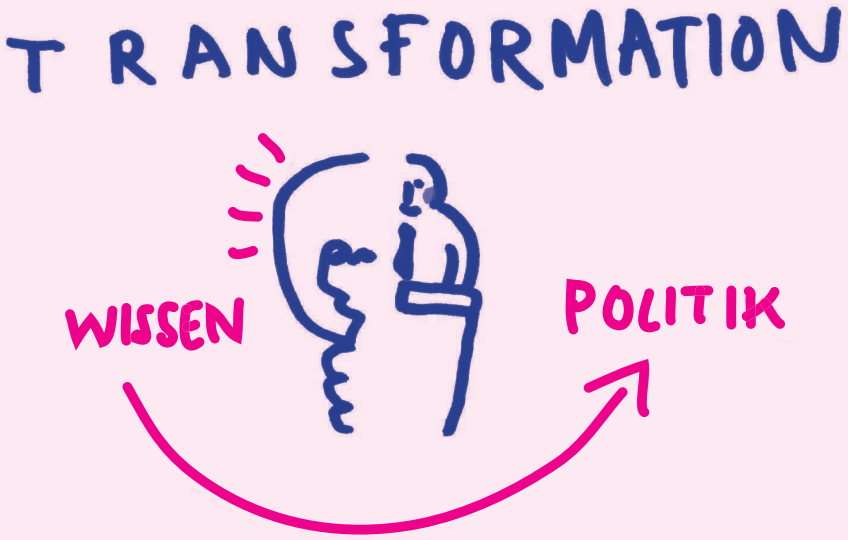
Einleitung

Die Coronakrise hat ein Schlaglicht auf das Verhältnis von Politik und Wissenschaft geworfen. Besonders die Praxis der wissenschaftlichen Politikberatung ist dabei in den Blick der Öffentlichkeit gerückt und hat kritische Fragen aufgeworfen. Welche Rolle sollten Wissenschaftler:innen bei einer akuten Gefährdung der öffentlichen Gesundheit spielen? Welche wissenschaftlichen Disziplinen müssen in die Politikberatung eingebunden werden? Was kann und soll das häufig geäußerte Mantra „Follow the Science“ eigentlich bedeuten? Inwieweit können politische Entscheidungen durch wissenschaftliches Wissen legitimiert werden? Fragen wie diese sind nicht zuletzt mit Blick auf radikale Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der individuellen Lebensgestaltung in 2020/2021 virulent geworden.

Vor diesem Hintergrund wurde von uns im Sommer 2021 ein Workshop mit dem Titel „Wissenschaft und Politik in der Pandemie: Lektionen der COVID-19 Krise“ am Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck veranstaltet. Ziel dieses Workshops war es, das komplexe Beziehungsgeflecht von Wissenschaft und Politik während der Pandemie zu erkunden und neue Impulse für ein angemessenes Verständnis der gesellschaftlichen Rolle der Wissenschaften zu diskutieren. Auch sollten Lehren für die zukünftige Gestaltung von Politikberatungsprozessen herausgearbeitet werden, die über einfache Optimierungsvorschläge hinausgehen. Um diese Ziele zu erreichen, wurde der Workshop als interdisziplinärer Diskussionsraum konzipiert, in dem sich (philosophische) Wissenschaftsforschung und Sozial- bzw. Politikwissenschaft begegnen. Durch den Austausch dieser Perspektiven sollte die produktive Aufbereitung der Erfahrungen aus der Krise ermöglicht werden. Der Workshop sollte dazu die folgenden Diskurse und Analysen aus Wissenschafts-

forschung und Politikwissenschaft in Kontakt bringen und auch praktische Erfahrungen aus der Politikberatung berücksichtigen:

- Den innerwissenschaftlichen Diskurs über den Beitrag der Wissenschaft zur Pandemiepolitik.
- Den politikwissenschaftlichen Diskurs zur Legitimität politischer Maßnahmen des Pandemiemanagements.
- Die empirischen und theoretischen Analysen der Interaktion von Politik und Wissenschaft, jeweils aus wissenschaftsphilosophischer bzw. –soziologischer und politikwissenschaftlicher Perspektive.
- Die normative Reflexion der erfolgten Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft, wobei evaluative Fragen, Folgendiskussionen, aber auch Empfehlungen hinsichtlich künftiger Governanceprozesse adressiert werden sollten.



Das vorliegende Logbuch vermittelt in Form von Kurzzusammenfassungen ausgewählter Beiträge und bereichert durch das Graphic Recording der Veranstaltung einen Eindruck von den Diskussionen des Workshops und soll dadurch zur Weiterbeschäftigung insbesondere mit Themen einladen, die sich durch verschiedene Beiträge ziehen. Damit sind zum einen Fragen zum richtigen Umgang mit einer Pluralität von Werten, Evidenzen und Wissenstypen in der Politikberatung sowie zur Rollendiffusion von Wissenschafler:innen angesprochen. Zum anderen ziehen sich Analysen von polarisierenden Diskussionen in (sozialen) Medien und deren Einfluss auf die Wahrnehmung und Gestaltung wissenschaftlicher Politikberatung durch eine Reihe der Workshopbeiträge.

Wir möchten uns sehr herzlich bei allen Referent:innen und Diskutant:innen für einen sehr anregenden Workshop bedanken, der sicher weitere Früchte tragen wird. Zudem gilt unser Dank Cornelius Borck, Brita Dufeu, Elke Fauser, Leonie Haberer und Kathrin Langkau, ohne die wir mit der Organisation und Durchführung des Workshops gänzlich überfordert gewesen wären, sowie Gregor Hinz, der Graphic Recording und Layout des Logbuchs verantwortet. Der Workshop wurde im Rahmen des Projektes „Improving Interdisciplinary Knowledge Integration in Public Health Crisis Management“ durchgeführt, das von der VolkswagenStiftung gefördert wird.

Lübeck, im Dezember 2022
Jörn Knobloch & Simon Lohse

Referent:innen des Workshops

Christian Anton (Halle)
Cornelius Borck (Lübeck)
Karim Bschir (St. Gallen)
Jochen Franzke (Potsdam)
Simon Hegelich (München)
Friederike Hendriks (Braunschweig)
David Kaldewey (Bonn)
Richard Münch (Friedrichshafen)
Michaela Pfadenhauer (Wien)
Ortwin Renn (Potsdam)
Christina Schües (Lübeck)
Brigitte Strahwald (München)
Urban Wiesing (Tübingen)
Verina Wild (Augsburg)
Philippe van Baßhuysen (Hannover)

Politikkoordinierung am Beispiel der Bund-Länder-Konferenzen und die Rolle der Politikberatung in der Pandemie

Jochen Franzke

Der Pandemie-Krisenmodus des politisch-administrativen Systems Deutschlands

Das politisch-administrative Systems Deutschland befindet sich seit Anfang 2020 in einem spezifischen Pandemie-Krisenmodus, der mehrfach schwankend zwischen Volllast (Höhepunkte der Pandemiewellen) und Stand-by ohne Vorbild in der deutschen Geschichte ist. Die föderale Entscheidungsfindung schwankte dabei zwischen einem zentral-dezentralen bzw. unilateral-koordinierten Entscheidungsmodus.

Die Bundesregierung machte – im Gegensatz zu vielen anderen Staaten - keinen Gebrauch von verfassungsrechtlichen Notstandsregelungen zur Verteidigung (Art. 91 GG) oder bei Gefährdungen durch eine Naturkatastrophe oder einen mehrere Länder betreffenden Unglücksfall (Art. 35 GG). Die pandemische Krisenstrategie der Bundesregierung stützte sich vor allem auf das 2001 beschlossene Infektionsschutzgesetz (IfSG). Darauf basierend galt vom 25.3.2020 bis 25.11.2021 eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ als spezifische Form bundesweiten Gesundheitsnotstandes, wobei mit der sehr weitgehenden, rechtlich hoch umstrittenen IfSG-Generalklausel viele Bürgerrechte teilweise drastisch eingeschränkt werden konnten.

Der Vollzug des IfSG liegt bei den Landesregierungen, die durch Rechtsverordnung die jeweils zuständigen Behörden bestimmen können – i. d. R. sind dies die Kommunen, insbesondere deren Gesundheitsämter, die Eindämmungsverordnungen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten erlassen können, einschließlich der (befristeten) Verhängung von Ausgangssperren, Kontaktverboten sowie der Schließung öffentlicher und privater Einrichtungen.

Die Rolle Politikkoordinierung am Beispiel der Bund-Länder-Konferenzen

Die „Konferenz der Bundeskanzlerin[1] mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder“, bildete seit 12.3.2020 das zentrale Instrument vertikaler Krisen-Koordinierung in der Pandemie. Bis Juni 2022 fanden über 30 Treffen dieser Konferenz statt, die von der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) als zentrale Institution horizontaler

1 Seit Dezember 2021 des Bundeskanzlers.

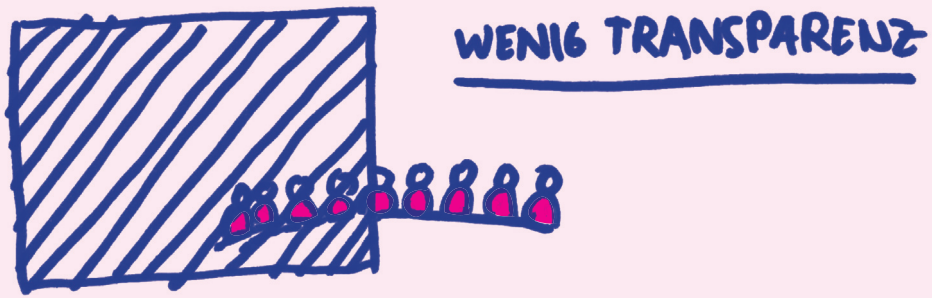
Selbstkoordination der deutschen Länder zu unterscheiden ist. Anfang März 2020 rief die Bundesregierung den Katastrophenfall nach Art. 35 GG nicht aus, wollte aber auch nicht „die politische und rechtliche Verantwortung durch zentrale Steuerung in existentieller Situation … übernehmen“ (Waldhoff 2021, 2775). Daher nutzte sie pragmatisch eine bereits terminierte Bund-Länder-Tagung zur Energiepolitik. Unter diesen Umständen bildete sich eine „historisch beispiellose Machtkonzentration der Regierenden von Bund und Ländern, die von einer (bundesweiten) Regierungsparteienallianz getragen wurde“ (Höhne 2022, 20) bzw. eine „föderale exekutive Verantwortungsgemeinschaft“ (Kropp et al. 2022, 18).
Die Bundesregierung strebte eine möglichst gemeinsame Pandemiebekämpfung an, „was oft, aber nicht immer (gelang)“ (Korte 2021, 33). Da der IfSG-Vollzug durch Länder erfolgt,

sind Konferenzvereinbarungen zur Pandemiebekämpfung rechtlich nicht verbindlich, beinhalten also lediglich politische Absichtserklärungen, die erst rechtswirksam werden, wenn diese durch Bund oder Länder in Form von Regierungsbeschlüssen, Gesetzen oder Verordnungen umgesetzt werden.
In der Folgezeit wurde vielfache Kritik an den Bund-Länder-Konferenzen geübt, was deren fehlenden konstitutionellen Status, die schwache Steuerung durch das Bundeskanzleramt, den unzureichenden Unterbau des Bund-Länder-Pandemiemanagements, die strittigen Rechtsgrundlagen der Pandemiebekämpfung, die mangelnde Wirksamkeit der Covid-19 Strategien, die fehlende öffentliche Deliberation und Transparenz sowie Legitimationskonflikte wegen zu geringer Beteiligung der Parlamente in Bund bzw. den Ländern betrifft (siehe Franzke 2020, 2021, 2022, Franzke/Kuhlmann 2020, 2021, 2022).

Die Rolle der Politikberatung in der Pandemie

Die Pandemie führte zu politischem Beratungsbedarf bisher unbekannten Ausmaßes, wobei der wissenschaftlichen Politikberatung in verschiedensten Entscheidungsbereichen eine zentrale Rolle zukam und Qualität und Verlässlichkeit der einbezogenen Wissensressourcen sowie Verfahren der Expertengewinnung, Wissensgenerierung und -verwendung bedeutsam wurden. Die Herausforderungen für politisch-administrative Entscheider in der Pandemie bestanden darin, dass diese das vorhandene (begrenzte) Wissen und die wissenschaftliche Expertise in Situationen großer Unsicherheit, neuartigen komplexen Problemlagen und basierend auf volatilen Daten nutzen mussten. Dennoch folgten die Entscheidungsprozesse selbst in der Krise nicht nur der Evidenz- und Informationslogik, sondern auch der Machterhaltslogik, politischer Konsens- und Kompromissbildung, dem Interessenausgleich und politischer Machbarkeit.
Drei Erklärungsmodelle versuchen, politisch-administrative Entscheidungen in der Pandemie zu erklären: das expertokratisch-technokratische, das dezisionistische und das pragmatische Modell. Unserer Ansicht nach folgten die politisch-adminis-

trativen Entscheidungen im deutschen Mehrebenensystem in vielerlei Hinsicht eher einem dezisionistischen und teilweise pragmatischen Politikberatungsmodell. Die Dominanz der Politik bei Einspeisung von Beratungsergebnissen in politisch-administrative Entscheidungsprozesse blieb in allen Phasen der Pandemie deutlich, eine vielfach befürchtete „Machtübernahme“ durch Experten oder Technokraten hat sich nicht bestätigt.



Die Herausforderungen für Wissensgeber und wissenschaftliche Berater bestanden darin, dass diese kurzfristig und trotz volatiler, unsicherer Daten konkrete und umsetzbare Handlungsempfehlungen unterbreiten sollten. Abgesehen vom Fehlen relevanter Daten wurden die vorhandenen Daten vielfach kontrovers interpretiert und mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Empfehlungen an die Politik verknüpft.
In der Pandemie blieben traditionelle institutionalisierte Gremien und Einrichtungen wichtig (z. B. Ressortforschung, akademisch-professionelle Gesellschaften). Neu war insbesondere die Rolle medialisierter Beratung durch Einzelexperten (exemplarisch Drosten) sowie die Vielzahl ad hoc einberufener Gremien (wie Expertenräte und Krisenstäbe auf Bundes- und Länderebene) als wesentliche Akteure der pandemiebezogenen Politikberatung.
Die Expertise-Nachfrage durch die Politik in der Pandemie folgte zunächst stark einem bio-medizinischen Problemverständnis (mit einer Dominanz der Virologen, Epidemiologen und Ärzte). Sozial-, Verhaltens- und Kommunikationswissenschaften wurden kaum einbezogen; soziale, psychologische, teils auch ökonomische Perspektiven blieben in der Politikberatung lange unterrepräsentiert. Der Trend ging von der Annahme einer „Gesundheitskrise“ hin zu einer „Gesellschaftskrise“.
Die Expertengremien selbst waren, was ihre Arbeitsweise, Arbeitsinhalte und die Expertenauswahl angeht, nur wenig transparent. Die (Selbst-)Selektionsmechanismen von Experten führten oft zu weitgehend homogenen Expertengruppen, deren Stellungnahmen kaum Dissens zeigten. Die Politik sah darin den Vorteil klarer wissenschaftlicher Handlungsempfehlungen, kritisiert wurde aber vielfach, dass konkrete Handlungsanweisungen in Form alternativloser Maßnahmen erteilt wurden, statt verschiedene Szenarien mit Vor- und Nachteilen zur Abwägung vorzuschlagen.
Auch in der Pandemie zeigten sich die negativen Folgen bürokratietypischer Verhaltensweisen, wie die wirkungsmächtige Rolle des Ressortprinzips in Bund- und Länderexekutiven. Die Pandemiebekämpfung wurde anfangs dem Ressort „Gesundheit“ zugeordnet und die Ressourcen anderer Ressorts, z. B. dem im Innenressort angesiedelten Katastrophenschutz, lange viel zu wenig genutzt. Regierungsinterne Beratungsressourcen im Krisenmanagement (z. B. des im Kanzleramt ansässigen „Politiklabors“ sowie ressortinterner Kriseneinheiten) wurden

ebenfalls nicht genutzt. Es kam zu typischen Effizienzverlusten von Ministerialverwaltungen im Spannungsfeld zwischen Querschnitts- und Fachaufgaben. Zugleich fehlte vielfach die Praxistauglichkeit und -rückkoppelung von Politikempfehlungen und der darauf aufbauenden Maßnahmen zur Pandemieeindämmung, die teilweise über Nacht an die administrative Umsetzungsebene kommuniziert und dieser ohne Konsultation top-down auferlegt wurden.

In der Pandemie wurde schließlich deutlich, dass Daten zu wenig für Entscheidungen und Politiklösungen genutzt werden konnten, da der notwendige „Übersetzungsprozess" von Daten und Evidenz in konkrete Handlungen, Lösungen und Politikentscheidungen noch zu gering entwickelt war und der verfügbare Datenbestand bis heute defizitär ist. Es erwies sich nur als unzureichend möglich, vorhandene Daten zu bündeln, aufzubereiten und für verschiedene Verwendungen zugänglich zu machen, was auch mit Defiziten beim Datenaustausch, dem Datenschutz, der Digitalisierung und der Datenkompetenz in den Verwaltungen zusammenhängt (siehe Kuhlmann et al. 2021, 2022).

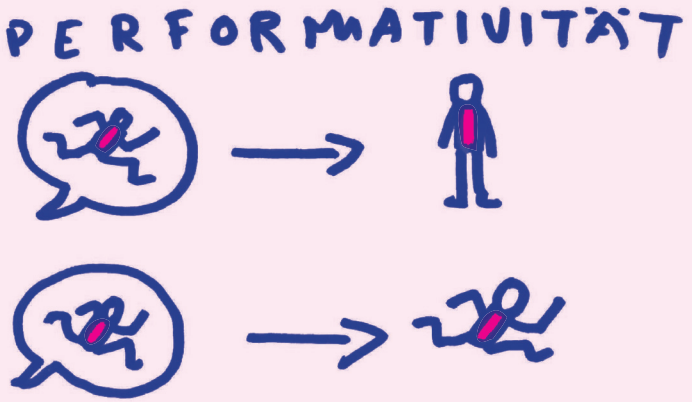
Literatur: Franzke, J. (2022). German Local Authorities in the COVID-19 Pandemic. Challenges, impacts and adaptations, in: Nunes Silva, C. (Hg.): Local Government and the COVID-19 Pandemic. A Global Perspective, Springer VS (Series „Local and Urban Governance"), 131-154.
Franzke, J. (2021). Deutschlands Krisenmanagement in der CORONA-Pandemie. Herausforderungen eines föderalen politisch-administrativen Systems; in: Rocznik Integracji Europejsiej (Jahrbuch der Europäischen Integration), Poznań, Jahrgang 2021, Nr. 14, 321-339.
Franzke, J. (2020). Антикризисное управление немецких муниципалитетов в условиях пандемии. COVID-19: промежуточные итоги 100 дней (Antikrisenmanagement deutscher Kommunen in der Covid-19 Pandemie. Eine Zwischenbilanz nach 100 Tagen), In: Кафедра террито-риального развития им. В.Л. Глазычева, ГОРОДСКИЕ ИССЛЕДОВАНИЯ: ТЕОРИЯ И ПРАКТИКА (Stadtentwicklung: Theorie und Praxis) 2020, Москва Издательство «Проспект», 39-55.
Franzke, J., Kuhlmann, S. (2020). Tyskland og covid-19-krisen. Bilag 5. Landerapport. In Folketinget (Hrsg.), Håndteringen af covid19 I foråret 2020. Rapport af givet af den af Folketingets Udvalg for Forretnignsordenen nedsatte udredningsgruppe vedr. håndteringen af covid-19. Copenhagen: Folketinget, S. 630-676. (Germany and the covid-19 crisis. Appendix 5. Country report. In Folketing (ed.), The handling of covid-19 In the spring of 2020. Report given by the study group set up by the Folketing's Committee for the Rules of Procedure regarding the handling of covid-19. Copenhagen: Folketing, 630-676).
Höhne, B. (2022). Die Landesparlamente im Zeichen der Emergency Politics in der Corona-Krise. Zeitschrift für Politikwissenschaft 32, 627–653, DOI: 10.1007/s41358-021-00310-2.
Kuhlmann, S., Franzke, J. (2021). German Local Authorities coping with the Covid-19 pandemic: Capacities and autonomy under Stress, in: N. Kada, H. Wollmann (dir.) et collectif GRALE, Droit et Gestion des collectivités locales 2021: L'administration locale face à la crise sanitaire, éd. Le Moniteur, Oct. 2021, 258-272.
Kuhlmann, S., Franzke, J. (2022). Multi-level responses to COVID-19: crisis coordination in Germany from an intergovernmental perspective, Local Government Studies, (48) 2, 312-334, DOI: 10.1080/03003930.2021.1904398.
Kuhlmann, S., Franzke, J., Dumas, B. P. (2022). Technocratic Decision-Making in Times of Crisis? The Use of Data for Scientific Policy Advice in Germany's COVID-19 Management. Public Organization Review (22), 269–289, DOI: 10.1007/s11115-022-00635-8.
Kuhlmann, S., Franzke J., Dumas, B., Heine, M. (2021). Daten als Grundlage für wissenschaftliche Politikberatung, Universitätsverlag Potsdam, DOI: 10.25932/publishup-51968 (Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung).
Korte, K. R. (2021). Kuratiertes Regieren: Bausteine der Resilienz, in: Florack, M., Korte, K.-R., Schwanholz, J. (Hg.) (2021), Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten, Berlin, 25-42 (Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10717).
Kropp, S., Nguyen, Ch., Souris, A. (2022). Zusammenhalt im Bundesstaat? Bundesfreundliche und opportunistische Argumentationsstrategien in der Pandemie, in: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, (15)1, 20-41, DOI: 10.3224/dms.v15i1.05.
Waldhoff, Ch. (2021). Der Bundesstaat in der Pandemie, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), (38) 2021, 2772-2777.

Performativität von epidemiologischen Modellen: Fluch oder Segen?

Philippe van Baßhuysen

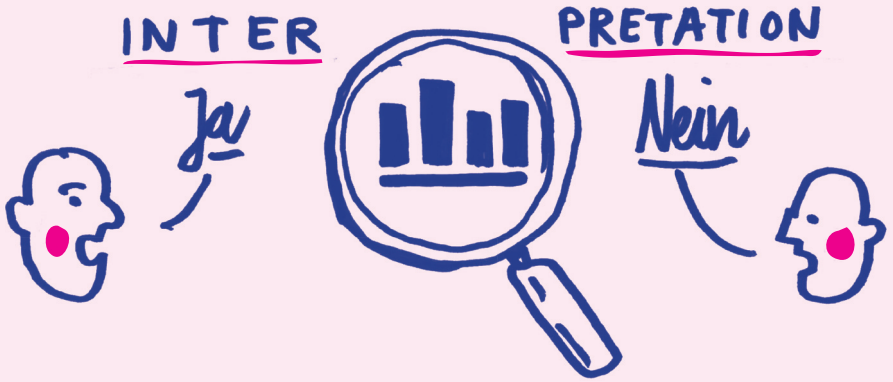
Modelle können nicht nur dazu benutzt werden, ihre Zielobjekte zu repräsentieren, sondern auch, um diese kausal zu beeinflussen oder zu konstituieren. Wurde dieses Phänomen bisher vor allem im Kontext von ökonomischen Modellen untersucht – meist unter dem Begriff der Performativität – so kann die mathematische Modellierung von Epidemien ähnlich performativ wirken. In diesem Vortrag, der auf einem gemeinsamen Papier mit Lucie White, Donal Khosrowi, und Mathias Frisch basiert („Three Ways in Which Pandemic Models May Perform a Pandemic"), analysiere ich den möglichen Einfluss des vielzitierten „Report 9" des Imperial College London (Ferguson et al. 2020) auf den Verlauf der Pandemie. In dem am 16. März 2020 veröffentlichten Report wurde ein Individuum-basiertes Modell benutzt, um die Auslastung von Intensivbetten und Mortalitätsraten in den USA und Großbritannien in die Zukunft zu projizieren. Eine Analyse der Ereignisse in Großbritannien in der Folge der Veröffentlichung des Reports legt nahe, dass drei Arten identifiziert werden können, in der Report 9 performativ gewirkt hat:

- Das Modell hat die Politikberatung beeinflusst und insbesondere zu einer radikalen Kehrtwende hin zur Empfehlung einer „suppression"-Strategie geführt;
- das Modell hat die Pandemie-Politik beeinflusst (zum Teil über den Weg der Politikberatung), und hat insbesondere dazu beigetragen, den Weg für einen Lockdown zu ebnen;
- das Modell hat individuelles Verhalten beeinflusst und insbesondere wahrscheinlich mehr „Social Distancing" herbeigeführt.[2]



2 Während die ersten beiden Kanäle der kausalen Beeinflussung gut dokumentiert sind (z.B. Birch 2021), ist die Beeinflussung individuellen Verhaltens durch das Modell mehr spekulativ, aber plausibel (Winsberg/Harvard 2022).

Angesichts dieser performativen Effekte stellt sich die Frage, wie ein epidemiologisches Modell, das solche Effekte aufweist, zu bewerten ist. Aus wissenschaftstheoretischer Sicht sind hier insbesondere zwei Aspekte zu berücksichtigen.
Erstens kann die Performativität die Aufgabe eines Modells erschweren, Vorhersagen zu treffen, weil die kausalen Effekte des Modells die Entwicklung der Epidemie möglicherweise so verändern, dass diese Vorhersagen nicht eintreten. Zum Beispiel basierten viele Projektionen auf der Annahme, dass individuelles Verhalten sich nicht verändern würde. Diese Annahme war aber, teilweise bedingt durch die kausalen Effekte der genutzten Modelle, unrealistisch und hat möglicherweise die Projektionen verfälscht. Eine Lösung wäre es, performative Effekte zu „endogenisieren", d.h. sie im Modell explizit zu modellieren. Jedoch ist es oft nicht möglich, alle möglichen Effekte zu modellieren, vor allem diejenigen, die spontane individuelle Verhaltensänderungen betreffen, die schwierig zu antizipieren sind – was der Grund sein mag, warum Modelle wie das in Report 9 genutzte solche Effekte nicht miteinbeziehen. Die Performativität von Modellen wird also häufig ein Hindernis für die Richtigkeit der auf ihnen basierenden Vorhersagen darstellen.
Zweitens könnte man aber auch argumentieren, dass, obwohl Performativität von epidemiologischen Modellen den Erfolg ihrer Vorhersagen beeinträchtigen kann, die Performativität möglicherweise eine neue Dimension eröffnet, in der Modelle bewertet werden können: nämlich dahingehend, ob sie helfen können, einen sehr schwerwiegenden Verlauf einer Epidemie zu verhindern und die Entwicklung der Epidemie in gewünschte Bahnen steuern können. Wenn Modelle zum Beispiel dazu beigetragen haben, dass die schlimmsten Erwartungen bezüglich Hospitalisierungen und Toten nicht eintreten, dann mag dies als ein positiver Aspekt dieser Modelle angesehen werden. Als Analogie könnte man sich eine Ärztin vorstellen, die einem Patienten prophezeit, dass er nur noch 10 Jahre zu leben hat, wenn er an seiner gegenwärtigen Lebensführung festhält. Wenn diese Vorhersage die Lebensführung des Patienten ändert, und er wider Erwarten steinalt wird, dann würden wir nicht unbedingt der Ärztin ihre Fähigkeiten absprechen, weil ihre Vorhersage nicht eingetroffen ist, sondern sie möglicherweise dafür beglückwünschen, dass sie den Patienten auf den Weg der Besserung gebracht hat. Es gibt verschiedene grundlegende wissenschaftsphilosophische Positionen, die eine analoge Art der Modell-Bewertung erlauben würden. Zum Beispiel vertritt Philip Kitcher die Position, dass wir Wissenschaft dahingehend verstehen und auch bewerten müssen, welche Rolle sie innerhalb einer Gesellschaft, aber auch für die Gesellschaft spielt. Eine umfassende Bewertung dessen, was die Epidemiologie für uns als Gesellschaft leistet, sollte dann auch die Performativität ihrer Modelle miteinbeziehen.



Zusammenfassend hat die COVID-Krise gezeigt, dass epidemiologische Modelle performative Effekte haben können, die bisher in der Wissenschaftstheorie übersehen wurden. Diese performativen Effekte sind Fluch und Segen zugleich, weil sie einerseits die Aufgabe, den Verlauf einer Epidemie vorherzusagen, erschweren, andererseits aber auch dabei helfen können, die Entwicklung einer Epidemie in gewünschte Bahnen zu steuern. In der Bewertung von epidemiologischen Modellen sollten diese zwei Aspekte berücksichtigt werden.

Literatur

Birch, J. (2021). Science and Policy in Extremis: The UK's Initial Response to COVID-19. European Journal for Philosophy of Science, 11(3), 90. https://doi.org/10.1007/s13194-021-00407-z

Ferguson, N. M., Laydon, D., Nedjati-Gilani, G. et al. (2020). Report 9: Impact of non-pharmaceutical interventions (NPIs) to reduce COVID-19 mortality and healthcare demand. Report from Imperial College COVID Response Team, 16 March. https://doi.org/10.25561/77482

Van Basshuysen, P. (im Erscheinen). Austinian Model Evaluation. Philosophy of Science (preprint: http://philsci-archive.pitt.edu/20681)

Van Basshuysen, P.,White, L., Khosrowi,D., Frisch, M. (2021). Three Ways in Which Pandemic Models May Perform a Pandemic. Erasmus Journal for Philosophy and Economics, 14(1), 110–127. https://doi.org/10.23941/ejpe.v14i1.582

Winsberg, E., Harvard, S. (2022). Purposes and duties in scientific modelling. Journal of Epidemiology and Community Health, 76(5), 512-517. http://dx.doi.org/10.1136/jech-2021-217666

Wissenschaftskommunikation in der COVID-19 Pandemie und ihr Umgang mit Unsicherheit und öffentlichem Vertrauen

Friederike Hendriks

Die COVID-19 Pandemie zeigt die grundlegende Bedeutung, die wissenschaftliches Wissen in Krisen für öffentlichen Diskurs, politische Entscheidungsfindung und persönliche Meinungsbildung hat. Vertrauen in Wissenschaft ist dabei nicht nur ein Aspekt der öffentlichen Einstellung gegenüber Wissenschaft, sondern informiert auch individuelle Entscheidungen (z.B. eine Impfentscheidung). Daher werde ich zuerst Vertrauen in Wissenschaft definieren, um dann empirische Ergebnisse zur Entwicklung dieses Vertrauens im Kontext der COVID-19 Pandemie zu berichten.

Vertrauen manifestiert sich im Akt des Verlassens auf Andere - dies kann ein System, eine Institution, aber auch eine konkrete Person (auch in stellvertretender Funktion) sein (Blöbaum 2021). Vertrauen ermöglicht Handlungsfähigkeit herzustellen: Ein Vertrauensgeber geht – trotz Vulnerabilität – eine freiwillige Abhängigkeit zum Vertrauensnehmer (und seinen Handlungen) ein. Dieses Vertrauen beruht auf der Erwartung, dass der Vertrauensnehmer vertrauenswürdig ist, also im Sinne des Vertrauensgebers handeln kann und will. Abhängigkeit, Vulnerabilität und Erwartungen finden sich sowohl in

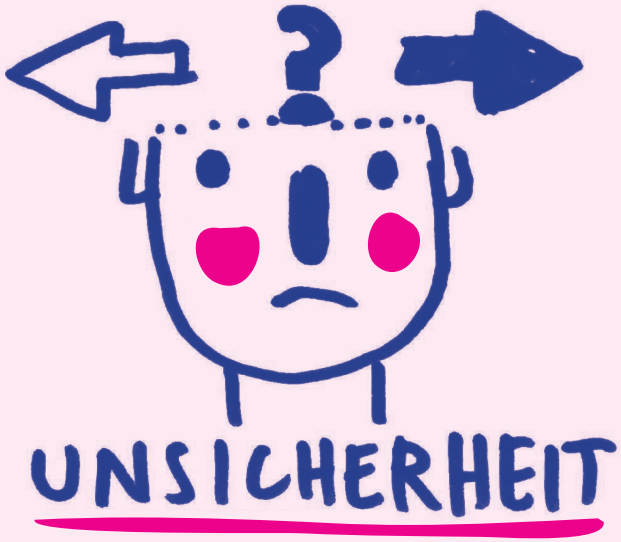
soziologischen (Luhmann 1968), als auch in psychologischen (Rousseau et al. 1998) Konzeptualisierungen von Vertrauen. Vertrauen in Wissenschaft fundiert auf freiwilliger – aber fundamental notwendiger – Abhängigkeit von epistemischer Autorität. Kognitive Arbeitsteilung führt zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung und Spezialisierung von Expertise innerhalb wissenschaftlicher Disziplinen (Kitcher 1990). Für Mitglieder der Öffentlichkeit setzt sich dieses Phänomen notwendigerweise fort: Resultat ist ein begrenztes Verständnis der Wissenschaft und ihrer Prozesse (Bromme/ Goldman 2014). Epistemische Fragen können infolgedessen oft nur durch Vertrauensurteile gelöst werden. Wissenschaft wiederum stellt die Verlässlichkeit des produzierten und kommunizierten Wissens her, indem sie sich der transparenten, kritischen, und arbeitsteiligen Überprüfung von Evidenz verpflichtet (Oreskes 2019). Vertrauen in Wissenschaft wird also begründet durch ihre Ausrichtung an epistemischen Werten, aber auch – wie in der Wissenschaftsphilosophie diskutiert – an sozialen Werten, die gesellschaftlich (oder zumindest in gesellschaftlichen Gruppen) geteilt werden (Douglas 2009; Wilholt 2013). Entsprechend wird auch die Vertrauenswürdigkeit von Wissenschaftler:innen durch die Antizipation ihrer Expertise, Integrität, und ihres Wohlwollens bestimmt (Hendriks et al. 2015).

Das deutsche Wissenschaftsbarometer (Wissenschaft im Dialog 2021) zeigte zu Beginn der COVID-19 Pandemie im April 2020, dass fast 70 % der Befragten „voll und ganz“ oder „eher“ angaben der Wissenschaft zu vertrauen (im Gegensatz zu Zustimmungswerten von um die 50 % in den Vorjahren). In Krisen ist dieser „rally ‘round the flag“-Effekt bekannt: In der Schweiz sank die Zustimmung zu wissenschaftsbezogenem

Populismus während der COVID-19 Pandemie (Mede/Schäfer 2022); in Deutschland stieg die Zustimmung zu der Aussage, dass politische Entscheidungen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen sollten (Bromme et al. 2022). Vertrauen folgt also möglicherweise der in Krisen besonders salienten Erwartung, dass Wissenschaft ihrer epistemischen Funktion – für verlässliches Wissen zu garantieren –, und ihrer instrumentellen Funktion – im Einklang mit gesellschaftlichen Werten zu technischen und sozialen Lösungen beizutragen – gerecht wird (Bromme/Hendriks 2022; Wintterlin et al. 2022).

Eine Herausforderung für das Vertrauen in Wissenschaft – gerade in Krisen – ist die fundamentale Unsicherheit und Komplexität wissenschaftlichen Wissens (Keil 2008; Zehr 2017). Wissenschaftliche Geltungsbehauptungen sind immer zu gewissem Grad unsicher, im Kontext einer Krise ist Evidenz jedoch meist besonders fragil, wenn sie als Grundlage für eine Entscheidung herangezogen wird. Bei der Entscheidung zur Maskenpflicht im Mai 2022 gab es beispielsweise noch keine Studie zur Effektivität von Masken gegen die Verbreitung des

SARS-CoV-2 Virus (Robert Koch-Institut2020). Epistemische Unsicherheit ist eine zentrale Vulnerabilität, die durch Vertrauen überbrückt werden muss: Auch wenn die Gefahr besteht, dass sich eine Geltungsbehauptung später als falsch herausstellt, kann Handlungsfähigkeit nur durch Vertrauen erreicht werden, informiert durch die Erwartung, dass Wissenschaft die Verlässlichkeit der Geltungsbehauptung garantieren kann.



Wissenschaftliche Unsicherheit war auch in Wissenschaftskommunikation zu COVID-19 allgegenwärtig (Ratcliff et al. 2022). Beispielsweise stellte die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen über Pre-Prints (als Folge des stark beschleunigten und digitalisierten Prozesses der Wissensgenerierung) den Wissenschaftsjournalismus vor die Herausforderung, in der Entscheidung über Berichterstattung die Kriterien der Aktualität und der wissenschaftlichen Qualitätsprüfung abzuwägen (Fraser et al. 2021). Wissenschaftler:innen kam nicht nur die tradierte Rolle als Quelle journalistischer Beiträge zu, in der sie in hohem Maße angefragt wurden (Leidecker-Sandmann et al. 2022), sie suchten außerdem vermehrt selbst die Öffentlichkeit (Kupferschmidt 2020).
Entsprechend stellte sich eine empirische Frage, nämlich „Wie wirkt die Kommunikation wissenschaftlicher Unsicherheit auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit eines Wissenschaftlers?“; der wir in zwei Studien nachgingen (Hendriks et al. 2022; Janssen et al. 2021). Die experimentellen Materialien waren an vorliegender Evidenz zur Effektivität von Gesichtsmasken orientiert (Robert Koch-Institut 2020), wir variierten jedoch den Grad der Unsicherheit in der Darstellung des Themas. Es zeigte sich, dass einem Wissenschaftler mehr Expertise und Integrität als Informationsquelle zugeschrieben wurde als einem Politiker – im Einklang mit bisheriger Forschung (Fiske/ Dupree 2014; Wissenschaft im Dialog 2021). Während jedoch das Hinzufügen sprachlicher Markierungen von Unsicherheit (z.B. „vielleicht …, es könnte…“) entgegen unserer Erwartung nicht auf die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit der Informationsquelle wirkte, wurden sowohl dem Wissenschaftler als auch dem Politiker gemäß unserer Hypothese mehr Expertise

zugeschrieben, wenn der präsentierte Text zweiseitig formuliert war – also sowohl Evidenz, die für eine Maskenpflicht sprach, als auch Evidenz, die dagegen sprach, enthielt (Hendriks et al. 2022). Diese Ergebnisse zeigen, dass die Offenlegung bestehender Unsicherheiten sich vermutlich nicht negativ auf Vertrauensurteile von Rezipierenden auswirken, wie von Wissenschaftler:innen teils befürchtet (Maier /Post 2016). Im Gegenteil: Es gibt Evidenz dafür, dass Transparenz über Unsicherheit und Nicht-Wissen (Hendriks et al. 2016a; Van Der Bles et al. 2019), über Forschungsprozesse und Datengewinnung (Hendriks et al. 2020; Landrum et al. 2019), und auch über Risiken und ethische Aspekte von Forschung (Hendriks et al. 2016b; Peters et al. 1997) die wahrgenommene Vertrauenswürdigkeit – insbesondere die Zuschreibung von Integrität und Wohlwollen – von Informationsquellen positiv beeinflussen kann.

Im Umkehrschluss zeigen diese Studienergebnisse auch, dass Mitglieder der breiten Öffentlichkeit in der Lage sind, abzuwägen, inwieweit sie Wissenschaft als System (Wintterlin et al. 2022) und auch Wissenschaftler:innen als Informationsquellen (Hendriks et al. 2015) vertrauen. Um diese – teils spontanen, teils wohlüberlegten – Abwägungen zu informieren, bedarf es a) Sachwissen über das Thema, b) Wissen, wo Unsicherheiten bestehen (bei vorliegender Evidenz – aber auch im eigenen Wissen und Verständnis), und c) eines grundlegenden Verständnisses der Konventionen und sozialen Prozesse, die innerhalb der Wissenschaft der Sicherung verlässlichen Wissens dienen (Bromme 2020). Dieses Verständnis anzuregen und zu fördern ist nicht nur Aufgabe schulischer Bildung, sondern auch eine Aufgabe von Wissenschaftskommunikation.

Literatur

Blöbaum, B. (2021). Some Thoughts on the Nature of Trust: Concept, Models and Theory. Trust and Communication (17) 3, 3–28. https://doi.org/10.1007/978-3-030-72945-5_1

Bromme, R. (2020). Informiertes Vertrauen: Eine psychologische Perspektive auf Vertrauen in Wissenschaft, in: Jungert, M., Frewer, A., Mayr, E. (Hg.), Wissenschaftsreflexion. Interdisziplinäre Perspektiven zwischen Philosophie und Praxis, Mentis Verlag, 1-25.

Bromme, R., Goldman, S. R. (2014). The Public's Bounded Understanding of Science. Educational Psychologist, 49(2), 59–69. https://doi.org/10.1080/00461520.2014.921572

Bromme, R., Hendriks, F. (2022). Trust in Science: When the Public Considers Whom to Trust—The Example of COVID-19, in: Mayer, R.C., Mayer, B.M. (Hg.), A Research Agenda for Trust: Interdisciplinary Perspectives, Edward Elgar Publishing, 1–15. https://doi.org/10.31234/osf.io/t754d

Bromme, R., Mede, N. G., Thomm, E., Kremer, B., Ziegler, R. (2022). An anchor in troubled times: Trust in science before and within the COVID-19 pandemic. PLOS ONE, 17(2), e0262823. https://doi.org/10.1371/journal.pone.0262823

Douglas, H. (2009). Science, Policy, and the Value-Free Ideal. University of Pittsburgh Press.

Fiske, S. T., Dupree, C. (2014). Gaining trust as well as respect in communicating to motivated audiences about science topics. Proceedings of the National Academy of Sciences, 111(supplement_4), 13593–13597. https://doi.org/10.1073/pnas.1317505111

Fraser, N., Brierley, L., Dey, G., Polka, J. K., Pálfy, M., Nanni, F., Coates, J. A. (2021). The evolving role of preprints in the dissemination of COVID-19 research and their impact on the science communication landscape. PLoS Biology, 19(4), 1–28. https://doi.org/10.1371/JOURNAL.PBIO.3000959

Hendriks, F., Janssen, I., Jucks, R., Hendriks, F. (2022). Balance as Credibility? How Presenting One- vs. Two-Sided Messages Affects Ratings of Scientists' and Politicians' Trustworthiness. Health Communication, 1–8. https://doi.org/10.1080/10410236.2022.2111638

Hendriks, F., Kienhues, D., Bromme, R. (2015). Measuring laypeople's trust in experts in a digital age: The Muenster Epistemic Trustworthiness Inventory (METI). PLoS ONE, 10(10), 1–20. https://doi.org/10.1371/journal.pone.0139309

Hendriks, F., Kienhues, D., Bromme, R. (2016a). Disclose your flaws! Admission positively affects the perceived trustworthiness of an expert science blogger. Studies in Communication Sciences, 16(2), 124–131. https://doi.org/10.1016/j.scoms.2016.10.003

Hendriks, F., Kienhues, D., Bromme, R. (2016b). Evoking vigilance: Would you (dis)trust a scientist who discusses ethical implications of research in a science blog? Public Understanding of Science, 25(8), 992–1008. https://doi.org/10.1177/0963662516646048

Hendriks, F., Kienhues, D., Bromme, R. (2020). Replication crisis = trust crisis? The effect of successful vs failed replications on laypeople's trust in researchers and research. Public Understanding of Science, 29(3), 270–288. https://doi.org/10.1177/0963662520902383

Janssen, I., Hendriks, F., Jucks, R. (2021). Face Masks Might Protect You From COVID-19: The Communication of Scientific Uncertainty by Scientists Versus Politicians in the Context of Policy in the Making. Journal of Language and Social Psychology, 40(5–6), 602–626. https://doi.org/10.1177/0261927X211044512

Keil, F. C. (2008). Getting to the truth: Grounding incomplete knowledge. Brooklyn Law Review, 73(3), 1035–1052. https://doi.org/10.1016/j.micinf.2011.07.011.Innate

Kitcher, P. (1990). The Division of Cognitive Labor. The Journal of Philosophy, 87(1), 5–22.

Kupferschmidt, K. (2020). How the pandemic made this virologist an unlikely cult figure. Science, 19. https://doi.org/10.1126/science.abc5095

Landrum, A. R., Hallman, W. K., Jamieson, K. H. (2019). Examining the Impact of Expert Voices: Communicating the Scientific Consensus on Genetically-modified Organisms. Environmental Communication, 13(1), 51–70. https://doi.org/10.1080/17524032.2018.1502201

Leidecker-Sandmann, M., Attar, P., Schütz, A., Lehmkuhl, M. (2022). Selected by expertise? Scientific experts in German news coverage of COVID-19 compared to other pandemics. Public Understanding of Science, March 6, 09636625221095740. https://doi.org/10.1177/09636625221095740

Luhmann, N. (1968). Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Ferdinand Enke Verlag.

Maier, M., Post, S. (2016). Scientific uncertainty in public discourse: How scientists, media and audiences present und process scientific evidence. Communications, 41(3), 229–230. https://doi.org/10.1515/commun-2016-0014

Mede, N. G., Schäfer, M. S. (2022). Science-related populism declining during the COVID-19 pandemic: A panel survey of the Swiss population before and after the Coronavirus outbreak. Public Understanding of Science, 31(2), 211–222. https://doi.org/10.1177/09636625211056871

Oreskes, N. (2019). Why Trust Science? Princeton University Press. https://doi.org/10.1515/9780691189932
Peters, R. G., Covello, V. T., McCallum, D. B. (1997). The Determinants of Trust and Credibility in Environmental Risk Communication: An Empirical Study. Risk Analysis, 17(1), 43–54. https://doi.org/10.1111/j.1539-6924.1997.tb00842.x
Ratcliff, C. L., Wicke, R., Harvill, B. (2022). Communicating uncertainty to the public during the COVID-19 pandemic: A scoping review of the literature. Annals of the International Communication Association, 1–30. https://doi.org/10.1080/23808985.2022.2085136
Robert Koch-Institut. (2020). Mund-Nasen-Bedeckung im öffentlichen Raum als weitere Komponente zur Reduktion der Übertragungen von COVID-19. Strategie-Ergänzung zu empfohlenen Infektionsschutz- maßnahmen und Zielen (3. Update). Epidemiologisches Bulletin, 19(April), 3–5. https://doi.org/10.25646/6731
Rousseau, D. M., Sitkin, S. B., Burt, R. S., Camerer, C. (1998). Not so different after all: A cross-discipline view of trust. Academy of Management Review, 23(3), 393–404. https://doi.org/10.5465/AMR.1998.926617
Van Der Bles, A. M., Van Der Linden, S., Freeman, A. L. J., Mitchell, J., Galvao, A. B., Zaval, L., Spiegelhalter, D. J. (2019). Communicating uncertainty about facts, numbers and science. In Royal Society Open Science (6) 5. https://doi.org/10.1098/rsos.181870
Wilholt, T. (2013). Epistemic trust in science. British Journal for the Philosophy of Science, 64(2), 233–253. https://doi.org/10.1093/bjps/axs007
Wintterlin, F., Hendriks, F., Mede, N. G., Bromme, R., Metag, J., Schäfer, M. S. (2022). Predicting Public Trust in Science: The Role of Basic Orientations Toward Science, Perceived Trustworthiness of Scientists, and Experiences With Science. Frontiers in Communication, 6:822757. https://doi.org/10.3389/fcomm.2021.822757
Wissenschaft im Dialog. (2021). Wissenschaftsbarometer 2021. Wissenschaft im Dialog. https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_21/WiD-Wissenschaftsbarometer2021_Broschuere_web.pdf
Zehr, S. (2017). Scientific Uncertainty in Health and Risk Messaging, in: Oxford Research Encyclopedia of Communication, Oxford University Press, 1–27. https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228613.013.215

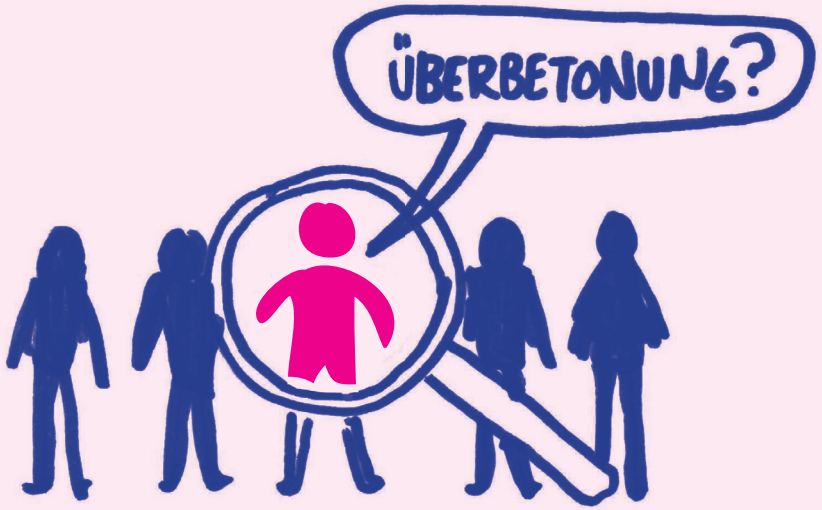
Chancen und Grenzen von Public-Health-Ethik in der Politikberatung

Verina Wild

„Public Health umfasst die Gesamtheit aller sozialen, politischen und organisatorischen Anstrengungen, die auf die Verbesserung der gesundheitlichen Lage, Verminderung von Erkrankungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten sowie Steigerung der Lebens-

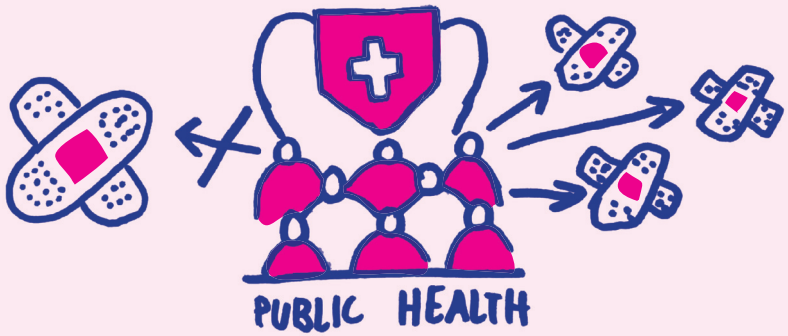
erwartung von Gruppen oder ganzen Bevölkerungen zielen“. (Franzkowiak 2015). Mit dem Fokus auf Populationen und übergeordnete Strukturen unterscheidet sich der Fokus und Gegenstandsbereich der Public Health von der Medizin. Public-Health-Ethik beschäftigt sich mit ethischen Werten bei populationsbezogenen Gesundheitsfragen und der Diskussion möglicher Konflikte und Spannungen im Bereich Public Health. Sie verbindet Erkenntnisse aus z.B. Politischer Philosophie, empirischen Sozialwissenschaften/Soziologie, Politikwissenschaft und Epistemologie mit den Gesundheitswissenschaften. Sie ist dabei nicht grundsätzlich von der Medizin und der individuellen Versorgung zu trennen, sondern bietet vielmehr einen übergeordneten normativen Rahmen auch für die individuellen Handlungen und Beziehungen in Medizin und Pflege.
Der Vortrag arbeitet Gründe heraus, warum Public-Health-Ethik eine Schlüsselrolle im Pandemiemanagement einnehmen sollte:

- **Public-Health-Ethik arbeitet intersektoral und interdisziplinär.** So werden empirische Erkenntnisse aus der Soziologie (zum Beispiel zu Ungleichheit in der Bildung) mit Fragen der Gesundheitsgerechtigkeit verbunden. Wichtig ist also, dass es nicht nur um die biologische Gesundheit und Zugang zu medizinischen Angeboten geht. Public Health nimmt eine breite Perspektive auf die Gesundheit ein und schließt psychische, soziale, politische und weitere Aspekte stets mit ein.
- Sie liefert **wertebasierte Analyse- und Bewertungsinstrumente** und ist insbesondere kenntnisreich in Fragen der (Gesundheits-)gerechtigkeit. So gibt es eine detaillierte Diskussion darüber, welche gesundheitlichen Ungleichheiten ungerecht sind, und es gibt Theorien, die beispielsweise den Capability-Ansatz für den Gesundheitsbereich erschließen. In den letzten Jahren sind auch etliche Rahmenwerke und Guidelines entstanden, die helfen können, ethische Werte und Normen bei populationsbezogenen Maßnahmen und Krisen zu berücksichtigen. Auch im Bereich Pandemie-Ethik gab es lange vor der Corona-Pandemie bereits eine Vielzahl an Publikationen.
- Public-Health-Ethik nimmt eine **Struktur-bezogene und Prozess-orientierte Perspektive** ein, wobei die individuellen moralischen Interessen ebenfalls Berücksichtigung finden. Es werden also Vorschläge zur Umsetzung von Maßnahmen entwickelt, die Werte wie Transparenz, Vertrauensbildung, Partizipation, Kommunikation, Fairness oder Rechenschaftspflicht fördern sollen.



Heute besteht also eine lebendige Debatte in der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft der Public-Health-Ethik mit Vorschlägen für Public-Health-Politik und -Praxis und mit guter Fundierung in philosophischen Werten und Normen. Allerdings bestehen Hürden, den reichen Fundus an theoretisch und empirisch fundierten Public-Health-ethischen Arbeiten für die Gesundheitspolitik und -Praxis nutzbar zu machen, auch und gerade in Deutschland.

- Dazu gehören **historische Gründe**. Unter anderem aufgrund der staatlichen, Menschenwürde-missachtenden Maßnahmen während des Nationalsozialismus im Bereich von Medizin, Forschung und Prävention bestand lange eine Zögerlichkeit hinsichtlich einer „Volksgesundheit". Public Health ist jedoch das Gegenteil einer sozialdarwinistischen und rassistischen, freiheitsberaubenden Disziplin. Sie versucht gerade durch die Berücksichtigung von Vulnerabilitäten und Benachteiligungen die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle Bevölkerungsgruppen möglichst frei und erfüllt ihre Lebenspläne in möglichst guter Gesundheit verfolgen können. Aber auch andere, komplexe gesellschaftliche und gesundheitspolitische Gründe haben eine breitere Etablierung von Public Health (und damit auch die Public-Health-Ethik) erschwert. Erste Fachgesellschaften, Kongresse, Lehrstühle und weitere Zeichen der Institutionalisierung gibt es heute zwar im Bereich Public Health, für den Bereich der Public-Health-Ethik jedoch noch nicht.
- Zudem bestehen **Interessenskonflikte in einer Politik**, die auf kurze Legislaturperioden ausgerichtet ist. Langwierige präventive Maßnahmen, die keinen unmittelbaren Effekt zeigen, oder Maßnahmen, die im Sinne des Wohlbefindens und der Gesundheit aller auch privilegiertere Teile der Bevölkerung zur Einschränkung auffordern müssten, werden teilweise zurückhaltender oder gar nicht angestrebt.
- **Gesellschaftliche Spannungen und ideologische Verzerrungen** sind ein weiterer Bereich, der es einer Etablierung einer Public-Health-Ethik schwer macht. Sogenannte Echo chambers und neu entstehende Wissensräume auf social media schüren Misstrauen in Wissenschaft und Politik. Sachverhalte werden auf eigene Weise interpretiert, um die jeweilige moralische Agenda gegenseitig zu bestärken, was auch zunehmende Radikalisierungen erleichtert. Der Raum für Dialog und differenzierte Debatten wird gerade für eher schwierig zu greifende, intersektorale und interdisziplinäre Disziplinen verkleinert oder bleibt sogar verschlossen.



Diese Hürden sollten der Etablierung von Public-Health-Ethik als eine Schlüsseldisziplin im Pandemiemanagement jedoch nicht grundsätzlich im Wege stehen. Im Sinne einer Gesundheits- und Sozialpolitik, die allen Menschen Chancengleichheit ermöglichen möchte, überzeugen die Gründe für eine stärkere Einbindung der Public-Health-Ethik in die Politikberatung.

Zur Integration von Fakten und Werten in der wissenschaftlichen Politikberatung

Karim Bschir

In diesem Beitrag möchte ich am Beispiel der COVID-19-Pandemie auf die Probleme eingehen, welche das Ideal einer wertfreien Wissenschaft und die Vorstellung einer strikten Rollenteilung zwischen Wissenschaft und Politik generieren. Die Lösung dieser Probleme setzt gewisse fundamentale Anpassungen am traditionellen Modell der wissenschaftlichen Politikberatung voraus[3].

3 Der vorliegende Text ist eine Zusammenfassung eines zusammen mit Jörn Knobloch (Lübeck) und Simon Lohse (Nijmegen) verfassten Beitrags, der im Sammelband Wissensproduktion und Wissenstransfer unter erschwerten Bedingungen: Der Einfluss der Corona-Krise auf die Erzeugung und Vermittlung von Wissen im öffentlichen Diskurs (hrsg. v. Rico Hauswald / Pedro Schmechtig, Alber, 2023) erschienen ist.

Das traditionelle Modell der wissenschaftlichen Politikberatung

Einem weitverbreiteten Verständnis zufolge besteht die wichtigste Aufgabe wissenschaftlicher Politikberatung in der „Bereitstellung wissenschaftlicher Informationen für politisch Handelnde“ (Korinek /Veit 2013). Mit „wissenschaftlicher Information“ ist in diesem Zusammenhang vor allem empirisches Faktenwissen gemeint. Andere Wissensformen, wie etwa normatives Wissen (d.i. das Wissen um normative Rechtfertigungszusammenhänge) oder praktisches Wissen (d.i. das stark kontextabhängige und oftmals lokale Wissen um die Tauglichkeit bestimmter praktischer Vorgehensweisen) spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Das traditionelle Modell der wissenschaftsbasierten Politikberatung ist also in erster Linie auf die Bereitstellung von empirischem Faktenwissen ausgerichtet.
Neben seiner starken Ausrichtung auf empirisches Wissen ist das herkömmliche Modell wissenschaftlicher Politikberatung ebenfalls stark geprägt von der Vorstellung einer klaren Rollenteilung zwischen Wissenschaft und Politik. Demgemäß liefert die Wissenschaft empirische Fakten, während es zur alleinigen Aufgabe der Politik gehört, auf der Grundlage dieser Fakten Entscheidungen zu treffen.
Diese Vorstellung einer klaren Rollenteilung zwischen Wissenschaft und Politik ist eng verknüpft mit dem Ideal einer wertfreien Wissenschaft, wonach nicht-epistemische Wertüberzeugungen weder einen Einfluss auf die wissenschaftliche Wissensproduktion (zum Beispiel bei der Evaluation und Interpretation von Daten) noch auf Geltungsfragen bezüglich der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung haben sollten. Ob wir die Ergebnisse der Wissenschaft als valide akzeptieren

oder nicht, sollte nicht davon abhängen, welche politischen, moralischen oder gesellschaftlichen Wertüberzeugungen wir hegen.
Empirisches Wissen kann allerdings nur dann in Handlungsempfehlungen übersetzt werden, wenn es durch normative Erwägungen angereichert wird. In einem auf Wertfreiheit und funktionaler Rollenteilung beruhenden Modell der wissenschaftsbasierten Politikberatung können normative Erwägungen jedoch kein Bestandteil der Wissensbasis sein, welche die Wissenschaft der Politik zur Verfügung stellt. Die Annahme einer wertfreien Wissenschaft bedingt demnach, dass Werte zwingend aus wissenschafts-externen Quellen in politische Entscheidungsprozesse einfließen müssen.

Zwei Kritikpunkte an der Politikberatung in der Pandemie: Intransparenz bezüglich Werten und Mangel an epistemischem Pluralismus

Während der COVID19-Pandemie haben sich politische Entscheidungsträger bei der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung stark auf wissenschaftliche Empfehlungen abgestützt. Da aber die Integration von wissenschaftlichem Wissen in politische Entscheidungsprozesse ein äußerst komplexer und fehleranfälliger Vorgang ist, verwundert es kaum, dass während der Pandemie nicht nur politische Entscheidungsträger, sondern auch die wissenschaftlichen Gremien, die die Politik beraten haben, auf vielfältige Weisen in die Kritik gerieten. Zwei häufig geäußerte Kritikpunkte sind hierbei hervorzuheben.
Zum einen wurden wissenschaftliche Beratungsgremien für eine Wertgeladenheit und einen Mangel an Transparenz bezüglich Werteinflüssen in ihren Empfehlungen gerügt. Dies lässt sich besonders gut anhand einer Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina vom 8. Dezember 2020 erläutern. Darin empfahl die Leopoldina einen harten Lockdown als „aus wissenschaftlicher Sicht […] unbedingt notwendige“ Maßnahme zur Reduktion der Infektionszahlen über die Feiertage. Kurz darauf plädierte Bundeskanzlerin Merkel in einer vielbeachteten Rede im Deutschen Bundestag für einen Lockdown zum Jahresende 2020. Sie tat dies mit explizitem Bezug auf die Stellungnahme der Leopoldina. Damit stellte sie die politische Entscheidung für eine Lockdown als eine direkte Folge der von der Wissenschaft zur Verfügung gestellten Fakten dar.

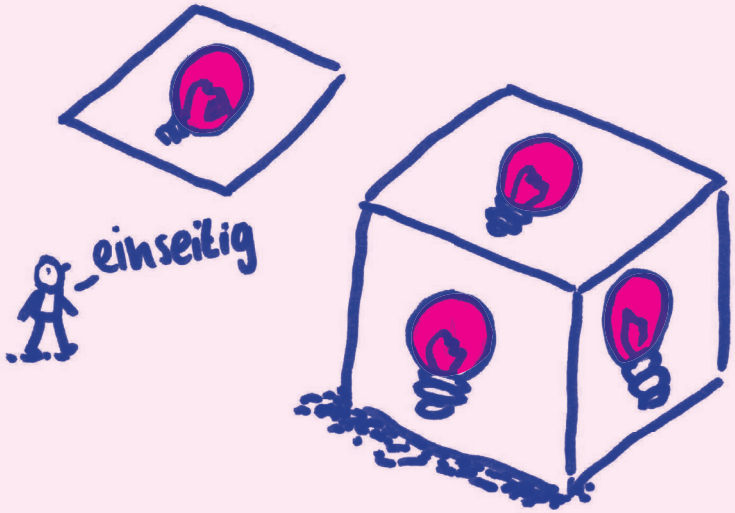
Obschon die Empfehlung der Leopoldina empirisch gerechtfertigt war und es wohl zutraf, dass der Grad der damals geltenden Kontaktbeschränkungen nicht ausreichend war, um die Infektionszahlen unter einem bestimmten Niveau zu halten, erfordert die Empfehlung eines harten Lockdowns zusätzlich eine Begründung der normativen Überzeugung, dass der Schutz der öffentlichen Gesundheit eine entsprechende Einschränkung der Freiheitsrechte rechtfertigt. In der Empfehlung der Leopoldina fehlte diese explizite Begründung. Es handelte sich daher um eine normativ aufgeladene Empfehlung, bei der evaluative/normative Begründungen mit empirischen Befunden auf intransparente Weise vermischt wurden (Birch 2021). Dadurch entstand leicht der Eindruck einer fehlenden Unabhängigkeit der Wissenschaft und einer "aktivistischen Experteninstitution im Dienste der Regierung" (Hirschi 2021).
Die zweite Art von Kritik an der Politikberatung während der Pandemie betraf die Einseitigkeit in der der Politik zur Verfügung gestellten Wissensbasis. Damit ist sowohl ein übermäßiger Fokus auf bestimmte wissenschaftliche Disziplinen (insbesondere biomedizinische Disziplinen wie Virologie und Epidemiologie) angesprochen als auch eine Einseitigkeit in den Evidenztypen, welche in die Politikberatung einfließen (insb. Daten aus epidemiologischem Monitoring und computerbasierten Modellen).
Erkenntnisse zu sozialen Aspekten der Pandemiebewältigung wurden dagegen (zumindest in den frühen Phasen der Krise) nur ungenügend zur Kenntnis genommen (Lohse/Canali 2021). Erst im späteren Verlauf der Pandemie wurde deutlich, dass nicht-biomedizinische Expertisen aus den Sozial-, Wirtschafts- oder Bildungswissenschaften notwendig sind, um sowohl ein

Monitoring der sozioökonomischen Effekte als auch eine optimale Implementierung nicht-pharmazeutischer Interventionen und die Vorhersage von nicht intendierten Nebeneffekten von Lockdown-Maßnahmen zu ermöglichen. Dieser zweite Kritikpunkt zielt im Kern auf einen Mangel an epistemischem Pluralismus in der für die Politikgestaltung während der Pandemie maßgeblichen Wissensbasis (Lohse /Bschir 2020).

Grundzüge eines integrativen Modells der wissensbasierten Politikgestaltung

Ausgehend von diesen Kritikpunkten lassen sich Desiderate für ein angepasstes integratives Modell einer wissensbasierten Politikberatung formulieren. Zum einen sollte Transparenz bezüglich normativer Elemente in evidenz-basierten Entscheidungen angestrebt werden, weil das Vertrauen der Öffentlichkeit in wissenschaftlichen Beratungsgremien leidet, wenn diese Handlungsempfehlungen abgeben und dabei vorgeben, allein aufgrund der vorliegenden Evidenz zu argumentieren, obwohl die Empfehlungen offensichtlich (implizite) Wertorientierungen aufweisen. Daneben sind politische Entscheide und Maßnahmen kaum glaubwürdig zu rechtfertigen, wenn die ihnen zugrunde liegenden Werteprioritäten nicht offen und verständlich kommuniziert werden (Oreskes 2019).
Transparenz bezüglich Wertorientierungen ließe sich beispielsweise durch die Ausformulierung von unterschiedlichen Szenarien mit jeweils unterschiedlichen Werteprioritäten und die Bewertung unterschiedlicher Policy-Optionen anhand von expliziten normativen Gewichtungen erreichen. So wäre zum Beispiel anstelle einer einseitigen Empfehlung für einen Lockdown die Ausformulierung von alternativen Handlungsoptionen denkbar,

bei denen die Vermeidung von Einschränkungen der individuellen Freiheit höher gewichtet wird als die Vermeidung von Todesfällen oder von Unterkapazitäten auf Intensivstationen. Eine solche Praxis wäre mit dem Ideal der Wertfreiheit der Gehalte wissenschaftlicher Ergebnisse vereinbar (Carrier 2021). Die dem klassischen Wertfreiheitsideal zugrundeliegende Rollenteilung zwischen Wissenschaft (Fakten) und Politik (Werte) wäre damit allerdings aufgeweicht.



Pluralismus in der Wissens- und Evidenzbasis der wissenschaftsbasierten Politikberatung ist erstrebenswert, weil sich nur dadurch ein vielschichtiges Bild einer komplexen Situation ergeben kann. Zusätzlich bietet der epistemische Pluralismus auch intrinsische epistemische Vorzüge, welche sich insbesondere innerhalb der wissenschaftlichen Politikberatung als nützlich erweisen können. Die gleichzeitige Anwendung von unterschiedlichen methodischen, theoretischen und disziplinären Herangehensweisen stellt oftmals eine Notwendigkeit dar, um Unzulänglichkeiten und Einseitigkeiten der jeweiligen Herangehensweisen überhaupt erst sichtbar zu machen und um darauf aufbauend ein adäquateres Bild eines komplexen Sachverhaltes (wie einer Pandemie) entwickeln zu können oder Fortschritte bei der Lösung bestimmter epistemischer Probleme zu erzielen.

Die Integration einer Vielzahl von epistemischen Ressourcen erfordert neben der Sicherstellung einer disziplinären Breite bei der Zusammensetzung von Beratungsgremien auch den Einbezug von relevanten gesellschaftlichen Akteuren und (lokalen) epistemic communities, z.B. bei der Artikulation von relevanten Problemen oder der Evaluation von politischen Maßnahmen. Eine gelingende pluralistische Wissenssynthese setzt schließlich den Einbezug von Personen mit interdisziplinären Kompetenzen voraus, welche zwischen den unterschiedlichen epistemischen Standards verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen vermitteln, empirisches Wissen in Beziehung zu normativen Erwägungen setzen und diese in Handlungsempfehlungen integrieren können.

Fazit

Dadurch, dass das traditionelle Modell wissenschaftsbasierter Politikberatung fast ausschließlich auf Wissensbestände aus dem Bereich der institutionalisierten Wissenschaft zurückgreift, beraubt es sich wichtiger epistemischer Ressourcen aus anderen Bereichen der Gesellschaft. Das hier vorgeschlagene integrative Modell unterscheidet sich vom traditionellen Modell im Wesentlichen darin, dass sowohl nicht-wissenschaftliche Wissensformen, insbesondere lokales Wissen gesellschaftlicher Akteure,

als auch normative Erwägungen explizit in die der Politik zur Verfügung gestellte Wissensbasis integriert werden. Der Übergang vom traditionellen zum integrativen Modell kann damit auch als Übergang von einer wissenschaftsbasierten hin zu einer wissensbasierten Politikgestaltung aufgefasst werden.

Literatur

Birch, J. (2021). Science and policy in extremis: the UK's initial response to COVID-19. European Journal for Philosophy of Science, 11(3), 1-27.

Carrier, M. (2021). What Does Good Science-Based Advice to Politics Look Like?. Journal for General Philosophy of Science, 53, 5–21.

Oreskes, N. (2019). Why Trust Science?. Princeton University Press.

Hirschi, Caspar (2021). Expertise in der Krise: Zur Totalisierung der Expertenrolle in der Euro-, Klima- und Coronakrise. in: Büttner, S., Laux, T. (Hg.), Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik, Leviathan Sonderband 38/2021. Baden-Baden, 161-186.

Korinek, R. L., Veit, S. (2013). Wissenschaftliche Politikberatung als Grenzarbeit: Ein Konzept zur Analyse institutionalisierter Beratungsformen in Politikfeldern. in: Kropp, S., Kuhlmann, S. (Hg.), Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung, dms-Sonderheft 1. Opladen, 261-284.

Lohse, S., Bschir, K. (2020). The COVID-19 Pandemic: A Case for Epistemic Pluralism in Public Health Policy. History and Philosophy of the Life Sciences, 42(4), 58.

Lohse, S., Canali, S. (2021). Follow *the* Science? On the Marginal Role of the Social Sciences in the COVID-19 Pandemic. European Journal for Philosophy of Science, 11(4), 99.

Zum Verhältnis von Professionalität und Expertise am Gegenstand der Corona-Pandemie

Michaela Pfadenhauer

Vielen Beobachtungen zufolge war die durch SARS-CoV-2 ausgelöste Pandemie die Stunde insbesondere medizinischer Expertise. Von der Medizin – die maßnahmenkritisch häufig als Schulmedizin bezeichnet wird, um das Tor ideologisch für alternative Heilmethoden jenseits akademischer Schulenbildung zu öffnen – wurden Erkenntnisse über das Virus, seine

Verbreitung und Immunisierung erwartet, womit sich der Bekanntheitsgrad von Virologie, Epidemiologie und Infektiologie als medizinische Fachdisziplininen schlagartig erhöht hat. Die mit zeitlicher Verzögerung von einigen Wochen einsetzende Expertenkritik nahm nicht nur die Technokratisierung der Politik (politische Entscheidungen werden von wissenschaftlicher Expertise dominiert) oder die Medizinisierung der Gesellschaft (das Primat der Gesundheit geht zu Lasten alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche) aufs Korn. Ebenso stand laufend die Wissenschaftlichkeit von Expertise auf dem Prüfstand, und damit auch die Frage, ob Gegen-Expertisen aus anderen als wissenschaftlichen Gründen problematisiert werden. Und bald stand schließlich die Breite der wissenschaftlichen Expertise zur Debatte, die im Kontext dieses Workshops als mangelnder epistemologischer Pluralismus pointiert wird. Problematisiert wird damit zum einen die innerwissenschaftliche Begrenzung auf nur eine Disziplin oder Teildisziplin oder gar auf nur einen epistemologischen Zugang innerhalb einer Disziplin, zum anderen der Ausschluss außerakademischer (z.B. lokaler) Expertise aus der Politikberatung. Ausgeschlossen war lange Zeit aber auch die professionalisierte und damit eine innerakademische Expertise, nämlich diejenige praktizierender Ärztinnen und Ärzte, die ihr Wissen in einer akademischen Ausbildung erworben und sich in diesem Zuge auf ein Anwendungsgebiet spezialisiert haben. Historisch gewachsen, ist Medizin nicht nur Wissenschaft, sondern auch Profession. Medizin ist damit nicht nur in Fachgesellschaften, sondern auch in Berufsverbänden organisiert, womit Professionen ähnlich wie wirtschaftliche Leistungsverbünde auftreten können. Professionalisierung bedeutet deshalb nicht einfach

Verberuflichung, sondern es sind damit Prozesse beruflicher Schließung beschrieben, die als Monopolisierung und Partikularisierung etc. kritisiert werden. Schon die mit der Ausdifferenzierung von Sonderwissen verbundene Spezialisierung schafft allerdings Zuständigkeiten, womit die je spezifische Bereitschaft, Befähigung und Befugnis zu einer alles andere als diffusen professionellen Kompetenz akkordiert ist. Gegenüber wissenschaftlicher Expertise im engeren, da theoretischen Sinn ist diese ebenfalls akademische Expertise praktisch – und d.h. vor allem am Einzelfall – orientiert, mit dem das universalisierte Regelwissen vermittelt werden muss. Nicht an die Stelle, aber an die Seite wissenschaftlicher tritt in dem Maße lebensweltliche Evidenz, in dem berufliche Praxis Erfahrungswissen generiert.

Mit dem Aufdecken professionalisiert-praktischer Expertise als Leerstelle in der Politikberatung während der Pandemie lässt sich ein Votum für die Professionalisierung des Expertentums verbinden, wie es bereits im Diskurs der Expertenkritik gefordert wurde. Dafür lohnt sich nicht nur ein Blick auf die Professionen, sondern auch auf das Beamtentum, der dritten Ausprägung von Beruflichkeit neben Wissenschaft. Im Hinblick auf Politikberatung ist hiermit an die Ressortforschung gedacht,

wie sie etwa am Gesundheitsministerium vorgelagerten Robert-Koch-Institut erbracht wird. Politische Umsetzbarkeit ist hier der Anspruch, der an die Seite epistemischer Robustheit tritt. Die Ableitung von Maßnahmen aus wissenschaftlicher Erkenntnis wird hier nicht dem Feld des Politischen überantwortet. Vielmehr ist die diesbezügliche Verantwortlichkeit auch aus der Binnensicht der Ressortforschung ihre Besonderheit. Wesentlich auf der Basis dieser Beruflichkeit wurde das für die Maßnahmen zur Pandemieeindämmung genutzte institutionelle Wissen über Ressourcen und Kontingente im Gesundheitsbereich geliefert, das neben dem wissenschaftlichen Wissen über das Virus für pandemie-relevant erachtet wurde. Einflussreich waren schließlich auch die aus mathematischer Modellierung gewonnenen Prognosen, die aufgrund bestimmter Indikatoren des empirisch jeweils ermittelten Ist-Zustandes mögliche Zukünfte extrapolieren. Mit diesem dritten Wissenstypus, dem während der Pandemie hohe Relevanz beigemessen wurde, beschäftigten wir uns im Forschungsprojekt LiLi (2021). Fraglich ist, inwieweit die Interpretationsabhängigkeit von Modellierungen mit Impfskepsis zusammenhängt, welcher in Österreich mit einer Impfpflicht beizukommen versucht wurde. Unsicherheit ebenso wie Vorläufigkeit, d.h. die Begrenztheit von Wissen, ist ein wesentlicher Bestandteil von Expertise, nicht nur in seinen prognostischen Anteilen. Damit geraten die Grenzen der jeweiligen Kompetenz und deren entsprechende Markierung in den Schnittpunkt dessen, was Professionalisierung von Expertise liefern kann. Hierauf beruht die Position des Experten als Dritter neben Entscheidungsträger und Laie, an deren Performanz es während der Pandemie gemangelt hat.

Literatur
Hirschi, Caspar (2021). Kalkül schlägt Kompetenz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.03.2021, S. 9
LILI - Life-worlds meet Life Science in Public Health and Social Measures. Seed funded by WU and Vienna University and WU; applied for funding by Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) https://www.wu.ac.at/methods/news
Pfadenhauer, Michaela (2010). Der Experte, in: Möbius, S. (Hg.): Diven, Hacker, Spekulanten: Sozialfiguren der Gegenwart. Frankfurt: Suhrkamp, 98-107.
Pfadenhauer, Michaela (2021): Erforderliche Expertise oder Herrschaft der grauen Herren? Eine professionssoziologische Perspektive auf Expertenwissen zu Beginn der Corona-Pandemie. Leviathan, 49. Jg., Sonderband 38: Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik, Baden-Baden: Nomos, 433-447.

Gefühlte Wahrheiten – Politikberatung in postfaktischen Zeiten

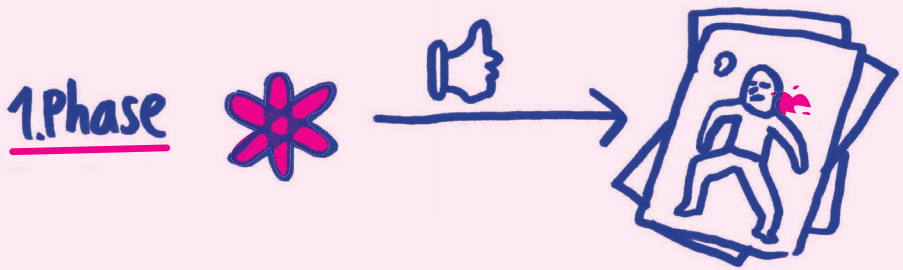
Ortwin Renn

Die Vorsilbe post- ist ein typisches Kennzeichen des heutigen Zeitgeistes geworden. Post-modern, -strukturell, -industriell, -ethisch, -demokratisch. Dahinter steht häufig eine Verunsicherung, dass wir eine bestehende Epoche abgeschlossen haben, aber die neue noch nicht charakterisieren können. Besonders kennzeichnend für diese Verunsicherung ist der Begriff „postfaktisch". Die Grenze zwischen wahren und unwahren Aussagen verschwimmt, und die Funktionseliten, die diese Aufgabe in der Gesellschaft wahrnehmen, verlieren an Vertrauen. Das Wünschbare wird zum Kriterium für Wahrheit: Enttäuschungen sind damit vorprogrammiert. Zwar ist Wissenschaft für Wahrheitsansprüche zuständig, aber dank wachsender Komplexität, Unsicherheit und Ambivalenz sind die Aussagen weniger eindeutig und immer weniger deterministisch in den aufgezeigten kausalen Zusammenhängen. Das schafft Irritationen. Dazu kommt, dass die eigenen Urteile und Fehlurteile durch Foren (im Internet) bestätigt werden. Keine korrigierende Instanz ist mehr vorhanden oder zugreifbar. Es entstehen Echoräume. Das wichtige Erlebnis der kognitiven Dissonanz bleibt aus.

Die postfaktische Irritation hat auch Auswirkungen auf die wissenschaftliche Politikberatung. Zum einen sind politische und gesellschaftliche Entscheidungen mehr denn je auf wissenschaftliche Expertise vor allem bei komplexen Problemen angewiesen, gleichzeitig konkurrieren aber wissenschaftliche Aussagen mit populistischen und oft intuitiv eingängigen Erklärungen, die im politischen Diskurs eine Relativierung wissenschaftlicher Aussagen nach sich ziehen. Dies führt zu einer Politisierung der wissenschaftlichen Expertise und einer Polarisierung in der Gesellschaft.

Mit dieser polarisierend wirkenden Wechselwirkung zwischen Informationsangeboten durch Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft und deren Resonanz in den sozialen Foren und Medien lässt sich auch die Dynamik der Reaktionsmuster auf den Ausbruch der Pandemie von Anfang 2020 bis 2022 nachvollziehen. Dabei können vier Phasen der sozialen und politischen Auseinandersetzung mit der Pandemie unterschieden werden (Renn 2022).

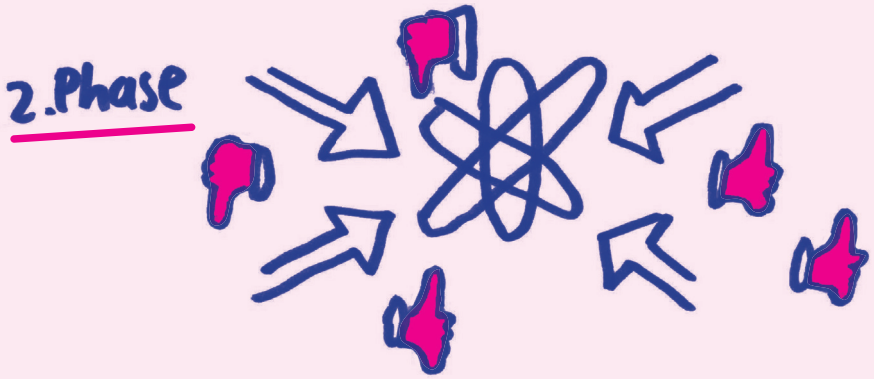
· **Phase der kompromisslosen Ausrichtung der Politik auf Infektionsschutz:**
in dieser Phase war es die Aufgabe der Politik, alle Maßnahmen umzusetzen, die eine Verbreitung des Virus zu verhindern vermochte. In der Gesellschaft gab es einen klaren Konsens, dass alle anderen Ziele der Politik angesichts dieser Bedrohung zweitrangig sein sollten. In der wissenschaftlichen Beratung waren die Fachleute aus Virologie und Epidemiologie die ersten und zentralen Ansprechpersonen für die Politik. Sie bestimmten indirekt, zumindest in Deutschland, welche Schutzmaßnahmen zu erfolgen hatten und wie man am besten mit der Ansteckungsgefahr umgehen sollte. In dieser Phase stieg auch das Vertrauen der deutschen Bevölkerung sowohl in die Wissenschaft als auch in die Politik[4]. Man war sich grundsätzlich einig, dass die Wirksamkeit von Infektionsschutzmaßnahmen die Messlatte für die Gütebewertung politischer Maßnahmen sein sollte. Hier zogen alle an einem Strang.



4 Siehe Wissenschaft im Dialog (2020): Wissenschaftsbarometer Corona Spezial. Web: https://www.wissenschaft-imdialog. de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial.

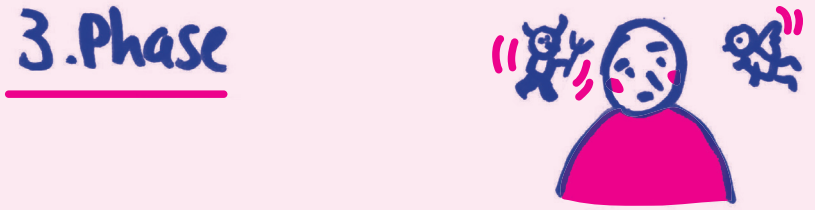
· **Phase der multi-dimensionalen Abwägung zwischen dem Ziel des Infektionsschutzes und anderen als zentral angesehenen Zielen:**
In der zweiten Phase, die im Herbst und Winter 2020 begann und bis zum Einsetzen der Impfungen anhielt, zeigte sich in der Gesellschaft zunehmend ein Bewusstsein über die Nebenwirkungen und Kollateralschäden einer allein auf Infektionsschutz ausgerichteten Politik (Steigleder 2021). Die Probleme, die sich beispielsweise durch die Schließung von Schulen durch Bildungslücken bei jungen Menschen vor allem aus einkommensschwachen Schichten zeigten, die Schwierigkeiten, die für Unternehmen aus dem Bereich der Unterhaltungsbranche und des Gaststättengewerbes auftraten, die gehäuften Vorfälle von sozialer Isolation, häuslicher Gewalt und depressiver Symptomen beendeten die einseitige Fokussierung auf den Infektionsschutz und gaben breiten Raum für eine Abwägungsdebatte über Zielkonflikte. In dem Moment, in dem eine offene Debatte über die Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit von politischen Maßnahmen geführt wurde, entwickelte sich zum einen eine stärkere interdisziplinäre Diskussion über die relative Gewichtung von gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Zielen bei der Abwägung über die zu treffenden politischen Maßnahmen, zum anderen bot diese Offenheit auch ein neues Feld für politische Akteure, sich gegenseitig zu beschuldigen und sich als die besseren Krisenmanager zu profilieren (besonders auf Landesebene in Deutschland). Insgesamt hatte dies aber zur Folge, dass die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft Einbußen erlitt, wenn auch keine dramatischen, das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der Politik aber drastisch absank

(Reinhardt et al. 2022). Dass sich die politischen Akteure, vor allem die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen der Länder um eine deutliche eigene Profilierung bemühten, kam bei den meisten Wählerinnen und Wählern nicht gut an.



- **Phase der Moralisierung der Debatte:**
  Als die Impfkampagne im Frühjahr 2021 Fahrt aufnahm, verlagerte sich die Debatte auf ein neues Konfliktfeld. War es den Menschen, die sich nicht impfen lassen wollten, zuzumuten, dass sie entweder mit einer Impflicht zur Impfung gezwungen oder zumindest von großen Teilen des öffentlichen Lebens ausgesperrt werden konnten? Umgekehrt stand bei den Impfgegnern die Frage im Vordergrund, ob die Gesellschaft ihnen aus ihrer Sicht unzumutbare Barrieren in den Weg legen dürfen, obwohl sie nur ihre Freiheit in Anspruch nehmen wollten, sich nicht impfen zu lassen. Solche moralischen Debatten lassen sich selten argumentativ auflösen: sie führen zur Polarisierung der Positionen (Dierken 2021). Infolgedessen

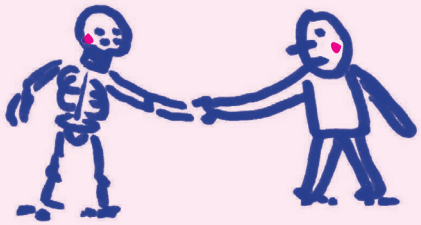
kam es in Deutschland zu einer starken politischen Protestbewegung, die sich in den „Querdenkern“ und der neuen Partei „Die Basis“ organisierte. Die Politik reagierte eher hilflos und verlor weiterhin an Rückhalt in der Bevölkerung. Wissenschaftliche Expertise war nur noch am Rande gefragt.



- **Vierte Phase der Rekalibrierung der Normalität:**
  Schon zum Jahresende 2021 setzte so langsam der Gewöhnungseffekt ein. Die wichtigsten Kennzahlen der Pandemie, wie Zahl der Infektionen oder der Krankenhauseinweisungen von Corona Patienten, die bis dahin die täglichen Nachrichten bestimmt hatten, wurden zunehmend an das Ende der Nachrichten oder in die hinteren Teile der Zeitungen verlagert. Inzwischen verdrängten neue wichtige Themen, wie der Klimaschutz und die Invasion Russlands in die Ukraine, die Berichterstattung über die Ausbreitung der Pandemie. Solange keine dramatische Verschlechterung eintrat, ging man zunehmend zur Tagesordnung über. Dass immer noch mehrere 100 Menschen pro Tag an den Folgen des Virus sterben, wurde als neue Normalität toleriert. Die politische Debatte wird

zwar auch in dieser Phase weiter in den Medien geführt, aber jetzt viel stärker unter dem Akzent, wie Normalität wieder hergestellt werden kann und wie neue Ausbrüche oder neue Pandemien verhindert werden können (Bogner/Menz 2021). Auch die neue Infektion der Affenpocken hat an dieser Haltung der Rekalibrierung der Normalität nichts geändert.

4. Phase



Angesichts dieser vier Phasen, die durchaus einen typischen Verlauf einer Krise nachzeichnen, stellt sich die Frage, wie man die Kommunikation, vor allem über wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf geeignete Maßnahmen und deren vermuteten Wirkungen, phasengerecht und der jeweiligen Diskursform angemessen hätte ausrichten können. Wissenschaftliche Expertisen können keine Rezeptbücher bieten, aber dennoch formal nachvollziehbare und empirisch validierbare Orientierungen in jeder der vier Phasen verfügbar machen, die zum einen eine der Komplexität angemessene Beurteilung der jeweiligen Sachverhalte erlauben und zum anderen einen wesentlichen Beitrag zu einer ausgewogenen und sachgerechten Abwägung von Handlungsoptionen zu leisten vermögen (Loss et al. 2021).

Dazu gehört zum Beispiel, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen alltagsnahe Beispiele für Stochastik aufgreifen und in nachvollziehbare Narrative über komplexe Ursache-Wirkungs-Ketten einbauen. Dabei geht es auch darum, die Vielfältigkeit wissenschaftlicher Expertise, die Vorläufigkeit von Erkenntnissen und die verbleibenden Unsicherheiten von Ergebnissen zu betonen, ohne den Eindruck der Beliebigkeit zu hinterlassen. Dafür ist es notwendig, geeignete Lernforen und Plattformen zu schaffen, die nicht nur Faktenchecks machen, sondern eben auch evidenzbasierte Diskurse über den Spielraum von Interpretationen anbieten.

Gerade bei der Betrachtung der zweiten Phase der Corona-Debatte ist deutlich geworden, dass die Institutionen der Wissenschaft und erst recht der Politik mit Abwägungen bei Zielkonflikten Probleme haben. Wir benötigen neue und der Pluralität von Wissen und Werten angemessene Formate einer problemgerechten Politik- und Gesellschaftsberatung. Wir brauchen Krisenstäbe, die inter- und transdisziplinär besetzt sein müssen. Dazu kommt die Notwendigkeit nach Mitgestaltung der Betroffenen, um Bürgerinnen und Bürger an der Auswahl von Handlungsoptionen und vor allem bei der Auflösung von Zielkonflikten aktiv mitwirken zu lassen. Das Land Baden-Württemberg hat dazu einen eigenen Bürgerrat für den Umgang mit der Pandemie eingerichtet. Dieser Bürgerrat hat der Landesregierung wichtige Impulse für die landeseigene Corona-Politik gegeben, die auch in der öffentlichen Debatte

überwiegend positiv kommentiert wurden. Welche Wege und Möglichkeiten einer zeitgemäßen Politikberatung es gibt und wie Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft darin mitwirken können, habe ich in anderen Publikationen beschrieben[5].

Literatur
Bogner, A., Menz, W. (2021). Wissen und Werte im Widerstreit. Zum Verhältnis von Expertise und Politik in der Corona-Krise. Leviathan, 49. Jg., Sonderband 38: Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik, Baden-Baden: Nomos, 111-132.
Dierken, J. (2021). Kommunikation von Infektionsschutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie: Ethische Perspektiven. Zeitschrift für Evangelische Ethik, 65 (4), 301-308.
Loss, J., Boklage, E., Jordan, S., Jenny, M. A., Weishaar, H., El Bcheraoui, C. (2021). Risikokommunikation bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie: Herausforderungen und Erfolg versprechende Ansätze. Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz, 64 (3), 294-303.
Reinhardt, D., Friedrich, H., Mullis, D. (2022). Fragiles Vertrauen-Zwischen sozialen Bewegungen und Politikverdrossenheit: Jugend und Demokratie in Zeiten der Corona-Krise. Social Science Open Access Repository, https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80007-9
Renn, O. (2022). Kommunikation wissenschaftlicher Unsicherheit. Eine Einführung. in: Berlin-Brandenburger Akademie der Wissenschaften (Hg.): Kommunikation wissenschaftlicher Unsicherheit. Wissenschaftliche Sitzung der Akademiemitglieder vom 26.11.2021. BBAW: Berlin
Steigleder, K. (2021). Ethische Zielkonflikte in der Corona-Krise. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31 (3), 445-451.

5 Vor allem die dritte Auflage des Buches: Renn, O. (2023): Gefühlte Wahrheiten. Orientierung in Zeiten postfaktischer Verunsicherung. Budrich: Opladen und Berlin.

Institutionalisierte Beratung unter Zeitdruck: Die Ad-hoc-Stellungnahmen der Leopoldina

Christian Anton

In der COVID-19-Pandemie wurde der wissenschaftsbasierten Beratung ein vermutlich nie dagewesener Stellenwert beigemessen. Forschende aus Virologie und Epidemiologie waren in den ersten Monaten der Pandemie omnipräsent und ihr Spezialwissen in Zeitungen, Talkshows und vor allem in der Politik extrem nachgefragt. Während einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler immer nur für sich sprechen, ist es ungleich schwerer, mehrere Forschende, noch dazu aus verschiedenen Disziplinen, zu gemeinsamen Bewertungen und Aussagen zusammenzuführen. Insbesondere dann, wenn in

gänzlich neuen Situationen wie dem „Shut-down“ zu Beginn der Corona-Pandemie evidenzbasierte Beratung gefragt ist. Politikberatende Institutionen wie die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina nehmen für sich in Anspruch, fachkompetent, interdisziplinär, unabhängig, transparent und vorausschauend Empfehlungen zu erarbeiten. Kann eine Akademie diesem Anspruch auch in Ausnahme-Situationen gerecht werden, wenn innerhalb weniger Tage Antworten von „der Wissenschaft“ erwartet werden?
Wissenschaftsbasierte Politikberatung braucht klare Regeln und Transparenz[6]. Der Prozess zur Erarbeitung von Stellungnahmen umfasst bei der Leopoldina mindestens zwei Befassungen des Präsidiums, Erklärungen der Beteiligten zu möglicher Befangenheit sowie eine unabhängige Begutachtung der Stellungnahmen-Entwürfe. Dies soll die Unabhängigkeit und die Qualität der Papiere sichern. Die Geschäftsordnung der Akademie sieht für Ausnahmefälle das Instrument der „Ad-hoc-Stellungnahme“ vor. In Situationen mit schnellem Beratungsbedarf hat der Präsident hierbei weiterreichende Gestaltungsfreiräume.

Chronik

Im März und April 2020 erlebte Deutschland eine Ausnahmesituation: Weltweite Reisewarnungen wurden ausgesprochen, Kontaktbeschränkungen beschlossen, die Autoproduktion ruhte und tausende Firmen meldeten Kurzarbeit an. Deutschland lernte ein neues Wort kennen (“Lock-down“) und erlebte das „Einfrieren“ des öffentlichen Lebens. Erste Stimmen warnten vor weitreichenden ökonomischen und sozialen Folgen einer andauernden Geschäfts- und Schulschließung. Die Beschränkungen beschäftigten zunehmend die Gerichte und die öffentliche Diskussion beachtete immer stärker die „Nebenkosten“ der Pandemie und ihrer Bekämpfung, insbesondere die wirtschaftlichen und die schulischen.
In dieser Situation großer Ungewissheit wurde Ende März 2020 von der Nationalen-Akademie Leopoldina eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Ziel, mögliche Wege zur Rückkehr in den Alltag aufzuzeigen. Die Gruppe bestand aus 25 Mitgliedern verschiedener Disziplinen. Zunächst wurde jedes Mitglied gebeten, stichwortartig die aus wissenschaftlicher Sicht fünf zentralen Punkte für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu benennen. Dieser Input wurde zu Themenkomplexen zusammengestellt und als Basis für die Arbeit in Untergruppen genutzt. Jede dieser Gruppen wurde interdisziplinär besetzt und verantwortete letztlich das von ihr erstellte Kapitel der Stellungnahme. Zu Beginn und zur finalen Abstimmung kam die gesamte Arbeitsgruppe zur Diskussion zusammen. Jede Untergruppe benannte eine Person, die gemeinsam mit der Redaktionsgruppe der Geschäftsstelle und Mitgliedern des Präsidiums die Kernaussagen des Papiers festlegte und eine erste Fassung entwarf. Die Erwartungen an diese Ad-hoc-Stellungnahme stiegen zwischenzeitlich nochmals, nachdem die Bundeskanzlerin auf Fragen nach dem Ende des Lock-downs mehrfach darauf verwies, zunächst die Stellungnahme der Leopoldina abwarten zu wollen. Am Ostermontag veröffentlichte die Akademie das Papier „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“[7].

6 „Von der Idee zur Stellungnahme“: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2014_Leopoldina_Leitfaden_Politikberatung_02.pdf

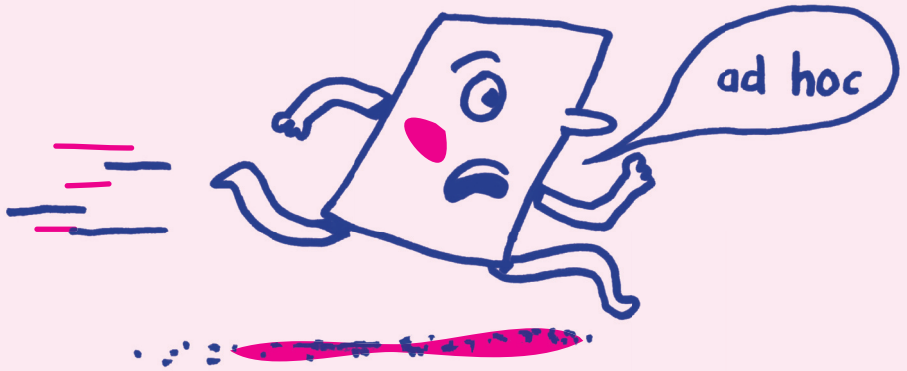
7 https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die_Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf

Herausforderungen

Die Situation des Lock-downs war eine extreme und in Deutschland so noch nicht dagewesene Erfahrung. Sie hat auch die Politikberatung der Leopoldina vor neue Herausforderungen gestellt. Abläufe und Prozeduren mussten innerhalb kurzer Zeit gefunden und eingeübt werden, um auf den extrem schnellen Beratungsbedarf reagieren zu können. Zwischen der Anfrage bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und der Veröffentlichung der Ad-hoc-Stellungnahme lagen oftmals nur 10-20 Tage. Nicht jeder Wissenschaftler, der fachlich ausgewiesen ist, kann sein Wissen auch verständlich einbringen und nicht jede Wissenschaftlerin ihre Expertise in einen breiteren Kontext stellen. Politikberatung wie zurzeit des Oster-Lock-downs 2021 benötigt auch die Einschätzung und Urteilskraft erfahrener Persönlichkeiten. Wo liegt die Grenze zwischen wissenschaftsbasierter Politikberatung und Politikberatung durch Wissenschaftler?

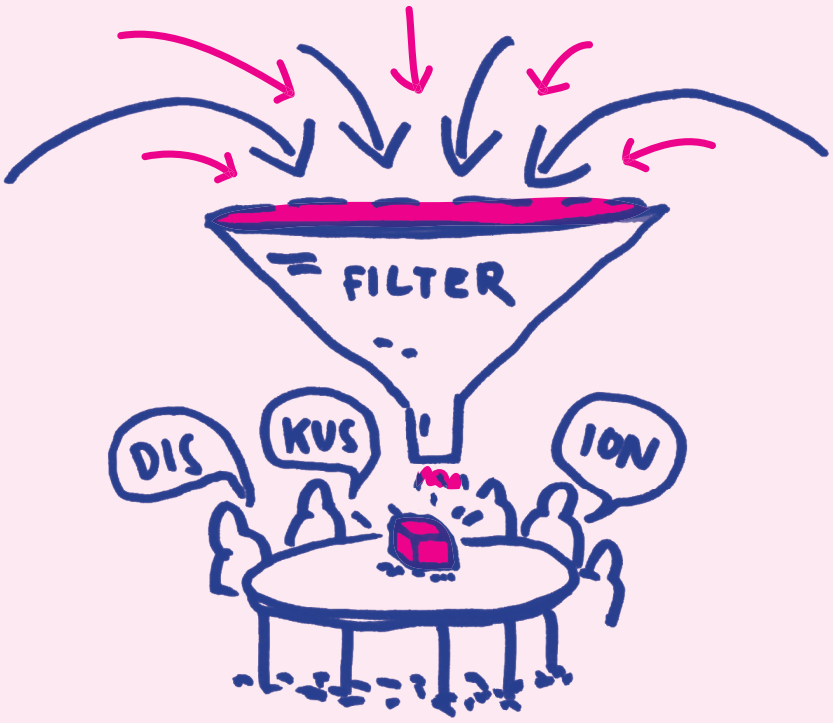
Die Ad-hoc-Stellungnahme „Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“ und auch weitere aus der Reihe der insgesamt zehn Ad-hoc-Stellungnahmen zur Corona-Pandemie wurden in mehrerlei Hinsicht kritisiert. So wurde insbesondere bei der hier im Fokus stehenden Stellungnahme bemängelt, dass es sich eher um „Politikberatung durch Wissenschaftler“, als um „wissenschaftliche Politikberatung“ handele, da die Sachautorität der beteiligten Personen nicht immer erkennbar sei und die Methoden bei der Erstellung nicht transparent gemacht worden seien. Ein weiterer zentraler Vorwurf lautete, dass manche Ad-hoc-Papiere der Leopoldina sich in den politischen Raum begeben und Aussagen zu Wertfragen treffen würden, die die Wissenschaft nicht autorisieren könne. Wenn sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Wertefragen äußerten, müssten sie die Methodik deutlicher machen, nach welchen Wertegerüst beispielsweise Abwägungen getroffen wurden. Nicht zuletzt wird der Politikberatung aus wissenschaftstheoretischer Sicht immer wieder empfohlen, verschiedene Handlungsoptionen darzulegen statt Empfehlungen für eine Handlungsoption auszusprechen.

Politikberatung, so eine Position aus Ethik und Wissenschaftstheorie, sollte Handlungsoptionen formulieren und in Form von Wenn-dann-Aussagen formulieren. Empfehlungen sollten



die Ausnahme sein. Das Wünschbare ist in der Praxis jedoch oftmals das Unerwünschte und die Ausarbeitung von Handlungsoptionen (ohne Empfehlungscharakter) nicht das Mittel der Wahl. Politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger erwarten oftmals eine klare Positionierung der Wissenschaft und ordnen diese dann in ein größeres Bild ein. Auch die Vermittlung wissenschaftlicher Einschätzung und Bewertung, wie sie die Leopoldina als ihre Aufgabe sieht,

unterliegt den „Regeln“ öffentlicher Kommunikation, sie konkurriert mit anderen Diskussionsbeiträgen und will wahrgenommen werden. Hierfür benötigt sie klare Aussagen und darf sich nicht in länglichen Abhandlungen verlieren. Dies gilt umso mehr, als die Leopoldina mit ihren Formaten neben der Politik immer auch die interessierte Öffentlichkeit adressiert und zu ausgewählten Themen „Digitale Dossiers“ erarbeitet[8]. Umfragen zeigen, dass für die Meinungsbildung von Politikern und Politikerinnen der öffentliche Diskurs ein wichtiges Kriterium ist. Klassische Medien und auch die sozialen Medien spielen hierbei eine wichtige Rolle (Haucap/Thomas 2014).



8 Siehe beispielsweise das Dossier „Hirnorganoïde: Modellsystem des menschlichen Gehirns“: https://interaktiv.leopoldina.org/hirnorganoide/ .

Empfehlungen sind für die Wahrnehmbarkeit hilfreicher als Handlungsoptionen. Vereindeutigung wird in der Politik vielleicht sogar bevorzugt. Nicht-epistemische Werte geben der „Politikberatung“ dabei Relevanz und Richtung. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag des Bielefelder Wissenschaftstheoretikers Martin Carrier. Er schlägt vor, dass die Politikberatung in ihren Stellungnahmen mehrere „wertgeladene Politikpakete“ erarbeiten und unter die Bedingungen nicht-epistemischer Voraussetzungen stellen soll (Carrier 2021)[9]. Wissenschaftsbasierte Politikberatung sollte nicht nur selbst Themen setzen; sie sollte auch auf aktuelle Bedarfe reagieren. Der Ad-hoc-Politikberatung durch Akademien sind jedoch Grenzen gesetzt. Sie benötigt Strukturen und eingeübte Prozesse und kann bei allen Wünschen nach Vereindeutigung und klaren Empfehlungen oftmals eher Orientierungswissen und Einschätzungen liefern.

Literatur
Carrier, M. (2021). Wissenschaftliches Wissen und gesellschaftliche Entscheidungen. Zu Wertfreiheit und Pluralität in der wissenschaftlichen Politikberatung. Symposium „Einheit oder Vielfalt? Über Methode und Gegenstand in der Geschichte und Philosophie der Wissenschaften.“ Österreichische Akademie der Wissenschaften (2021).
Haucap, J., Thomas, T. (2014). Wissenschaftliche Politikberatung: Erreicht der Rat von Ökonomen Politik und Öffentlichkeit?. Ordnungspolitische Perspektiven, Nr. 56.

9 Siehe auch „Auf ein Wort… Wissenschaft“: Michel Friedman und Martin Carrier im Gespräch: https://www.dw.com/de/auf-ein-wort-wissenschaft/av-59659787.

Benevolenter Paternalismus - Regieren nach Corona

Richard Münch

Der politisch-administrative Umgang mit der Corona-Pandemie der Jahre 2020-2022 bringt eine Regierungsweise auf den Punkt, die sich schon länger in Entwicklung befindet. Es ist das wissenschaftlich fundierte, „evidenzbasierte“ Regieren durch Zahlen. Hier sind es die sogenannten Inzidenzwerte des Infektionsgeschehens. Dieses Regieren soll ermöglichen, Probleme „ideologiefrei“ und rein sachorientiert zu lösen. Selbst verständlich erhöht die Berücksichtigung von wissenschaftlichem Wissen die Rationalität politischer Entscheidungen. Das zu gewährleisten, ist die Aufgabe der wissenschaftlichen Beratung von Politik durch Expertenanhörungen in Parlamentsausschüssen und Sachverständigenkommissionen der Regierung. Regieren ist im modernen Staat ohne wissenschaftliche Beratung nicht denkbar. Es würde ein wesentlicher Pfeiler der Legitimation politischer Maßnahmen fehlen.

Allerdings ist der Transfer von wissenschaftlichem Wissen in politische Maßnahmen keine einfache Angelegenheit. Die Schwierigkeiten beginnen schon damit, dass die wissenschaftliche Evidenz zu den politisch zu lösenden Problemen in der Regel nicht eindeutig ist. Es ist die Aufgabe von Experten in der wissenschaftlichen Beratung der Politik, den Stand der Forschung so zusammenzufassen, dass bei politischen Entscheidungen überhaupt von einer bestimmten Faktenlage ausgegangen werden kann. Hier findet zwangsläufig schon eine Reduktion der Komplexität des Wissens auf das politisch überhaupt Bearbeitbare statt. Damit diese Komplexitätsreduktion nicht zu einseitig regierungsamtlich wird, bedarf es einer starken politischen Opposition, die Gegenexpertise ins Spiel bringt. Man sieht daran, dass nur offene demokratische Verfahren die einseitige Instrumentalisierung von Expertise im Interesse der Legitimation von Regierungspolitik verhindern können. Deshalb ist die Tatsache, dass Expertise umstritten ist, kein Beinbruch, sondern eine Notwendigkeit, um politische Entscheidungen vor dem Hintergrund eines möglichst breiten Spektrums von Wissen treffen zu können. Dazu kommt noch, dass es aus Sachaussagen keinen logisch zwingenden Schluss auf das Sollen gibt. Das Sollen verlangt immer eine Entscheidung, zu der es Alternativen gibt. Das ohne Dezisionismus zu ermöglichen, ist die Aufgabe demokratischer Verfahren. Wir erkennen daran, dass die wissenschaftliche Beratung der Politik durch Experten in die Sackgasse fehlender Legitimität politischer Entscheidungen gerät, wenn sie nicht voll und ganz in offene demokratische Entscheidungsverfahren eingebettet ist.

Ein Legitimitätsverlust politischer Entscheidungen entsteht beim Transfer von wissenschaftlichem Wissen in die Politik insbesondere dann, wenn sich das Regieren in den Fallstricken des „Szientismus“ verfängt. Das geschieht insbesondere unter zwei Bedingungen: (1) Die Wissenschaft wird für politische Zwecke instrumentalisiert, (2) die Wissenschaft schränkt politisches Entscheiden auf das ein, was sich wissenschaftlich modellieren lässt.

Ad 1: Die Wissenschaft wird einseitig für politische Legitimationszwecke instrumentalisiert, wenn Maßnahmen auf „Evidenzen“ gestützt werden, die es gar nicht gibt, oder auf einseitig ausgewählte Evidenzen, wobei Gegenevidenzen ignoriert oder heruntergespielt werden. Das ist umso mehr der Fall, je mehr die Wahrheitsproduktion im Überschneidungsbereich von Wissenschaft und Politik stattfindet und dadurch Akteure daran beteiligt sind, die keine rein wissenschaftliche Agenda der offenen Erkenntnisgewinnung, sondern andere Interessen, speziell ökonomische und politische Interessen, verfolgen. Sie

sind nicht an Erkenntnis per se interessiert, sondern an Erkenntnis, die ihre Interessen unterstützt. Hier verbinden sich ganz unterschiedliche Interessen in einem Netzwerk, das man mit Foucault als Wissen-Macht-Komplex bezeichnen kann.

Ad 2: Die Fundierung politischer Maßnahmen durch wissenschaftliche Expertise kann auch bedeuten, dass das Spektrum an politischen Zielen, Interessen und einsetzbaren Mitteln auf das wissenschaftlich bearbeitbare Maß eingeengt wird, sodass die demokratische, dezidiert unterschiedliche Ziele einbeziehende Legitimation politischer Entscheidungen zu kurz kommt. „Szientismus“ bedeutet hier auch das Setzen auf Naturwissenschaft und ihre Methodik auch dort, wo die Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind und wo dadurch andere, passendere und zielführendere Verfahren der Entscheidungsbildung verdrängt werden. Es werden naturwissenschaftliche oder quasi-naturwissenschaftliche Verfahren zur Lösung von Problemen verwendet, ohne dass die dafür notwendige exakte Kontrollierbarkeit aller wirksamen Einflussgrößen gegeben ist.

In beiden Fällen ist zu wenig Einbettung von „evidenzbasiertem“ Regieren in demokratische Verfahren die Ursache mangelnder Legitimität politischer Entscheidungen. Demokratie lässt sich grundsätzlich nicht ohne Legitimitätsverlust durch Expertenherrschaft ersetzen. Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen verengt den Entscheidungsspielraum so weit, dass die besondere Eigenart demokratischer Verfahren nur sehr eingeschränkt zum Zuge kommt. Das ist die Einbeziehung sehr unterschiedlicher Ziele und Interessen und ebenso unterschiedlicher Mittel in den Entscheidungsprozess, die zur

Kompromissbildung zwingt, um überhaupt Entscheidungen treffen zu können. Demokratische Verfahren beziehen bei genügender Offenheit alle möglichen Stimmen ein, sodass sich nach getroffener Entscheidung niemand darauf berufen kann, nicht ausreichend gehört worden zu sein. Das erhöht

die Legitimität der Entscheidung und delegitimiert ihre Nichtbefolgung. Offene demokratische Verfahren arbeiten Konflikte so weit ab, dass sie Zweifel an der Legitimität von Entscheidungen nicht virulent und zu keiner Gefahr für die politische Ordnung werden lassen. Das ist Legitimation durch demokratische Verfahren. Szientismus lässt dagegen Entscheidungen alternativlos erscheinen, obwohl sie aufgrund der Ausblendung real wirksamer Einflussgrößen zwecks exakter Modellierung gar nicht alternativlos sind. Demokratische Entscheidungsverfahren kommen dabei nicht mehr ausreichend zum Zuge, sodass es den getroffenen Entscheidungen an demokratischer Legitimität fehlt.

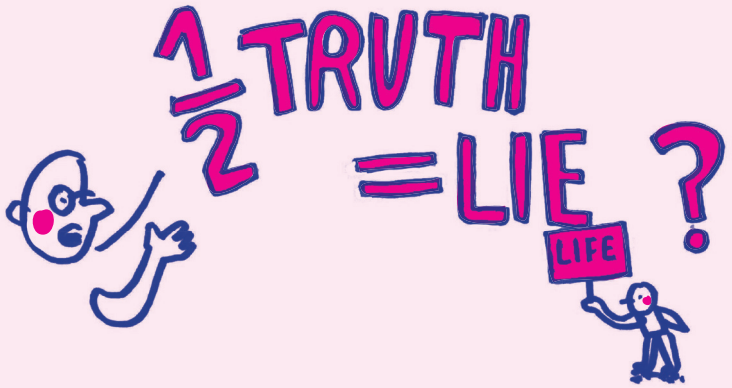
Literatur
Münch, Richard (2022). Die Herrschaft der Inzidenzen und Evidenzen: Regieren in den Fallstricken des Szientismus. Frankfurt/New York. Campus Verlag.

„Follow the Science“ in Zeiten der Pandemie

David Kaldewey

Die Vorstellung, die Wissenschaft könne und müsse die Politik anleiten, ist älter als die Wissenschaft selbst. Schon Platons Idee der Philosophenkönige zeigt, wie attraktiv und zugleich problematisch sie ist. Dennoch kommt es immer wieder zu Neuauflagen – seien es die Mitte des 20. Jahrhunderts aufkommenden Vorstellungen eines linearen Innovationsmodells oder die jüngere, zivilgesellschaftlich getragene Vorstellung, man müsse nur der Wissenschaft folgen, um große gesellschaftliche Probleme zu lösen. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie scheinen diese Modelle nochmal einen Popularitätsschub erhalten zu haben. Vor dem Hintergrund der in Politik, Medien und Öffentlichkeit über weite Kreise hinweg geteilten Vor-

stellung, man müsse, um die Pandemie zu kontrollieren, vor allem das tun, was „die Wissenschaft“ sagt, rekonstruiert der Beitrag, warum das zu keinem Zeitpunkt eine hinreichende Handlungsempfehlung sein konnte.
Zunächst gilt es festzuhalten, dass Slogans wie „follow the science“ mehrdeutig sind. Wem genau soll hier gefolgt werden? Den Fakten? Den Wissenschaftler:innen? Oder den Wissenschaften? In keiner dieser Kategorien kann man einen Singular



voraussetzen, so dass immer nachgehakt werden muss, welchen Fakten, welchen Wissenschaftler:innen und welchen wissenschaftlichen Disziplinen gefolgt werden soll – und warum.
Und dennoch ist die Rede von Wissenschaft nicht einfach falsch; denn die Einheit der Wissenschaft existiert durchaus, sei es als Ideal (etwa in der wissenschaftshistorisch einflussreichen positivistischen Annahme einer „unity of science“), als Semantik (im Deutschen lässt sich die „Wissenschaft“ im Singular ab ca. 1800 nachweisen) oder als soziologischer Begriff (als Bezeichnung für ein globales Funktionssystem). Daraus ergibt sich die paradox erscheinende Zusammenfassung: Die Wissenschaft weiß, dass die Wissenschaft im Singular nicht existiert. Das Subjekt dieses Satzes ist die Wissenschaftsforschung, also ein für solche Fragen zuständiges interdisziplinäres Forschungsfeld. Das Objekt des Satzes ist ein soziologischer Begriff, der die Vielfalt des Wissens, der Forschenden und der wissenschaftlichen Disziplinen und Kulturen als ein umfassendes Kommunikationssystem begreift.
Im öffentlichen Diskurs reagiert die „follow the science“-Rhetorik gerne auf eine wahrgenommene Krise der Faktizität. Viele Beobachter:innen teilen die Einschätzung, dass die mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016 erfolgte politische Beliebigkeit im Umgang mit der Realität („post-truth politics“) korrigiert werden muss durch eine Rückkehr zu den tatsächlichen Fakten und zu einer geteilten Vorstellung von Wahrheit (van Dyk 2021). Allerdings ist auch diese Situationsdeutung, die sich insbesondere auf die Produktion und Verbreitung von „alternativen Fakten“ und auf extreme Formen des Relativismus bezieht, nicht immer hilfreich zur Einschätzung der Lage. Die Krise der Faktizität verweist nämlich auf mehrere analytisch unterscheidbare Probleme, die nicht miteinander verwechselt werden sollten.

Alternative Fakten

Das erste Problem bzw. die erste Herausforderung ist die Grenzziehung zwischen Wissenschaft und Pseudowissenschaft, zwischen legitimer Expertise und unqualifizierter Meinung, zwischen Information und Desinformation, oder, um die im Post-truth-Diskurs popularisierte Semantik zu verwenden: zwischen Fakten und alternativen Fakten. Im Kern geht es hier um eine Innen/Außen-Differenz, es geht um die Markierung der Grenze zwischen der Wissenschaft und ihren

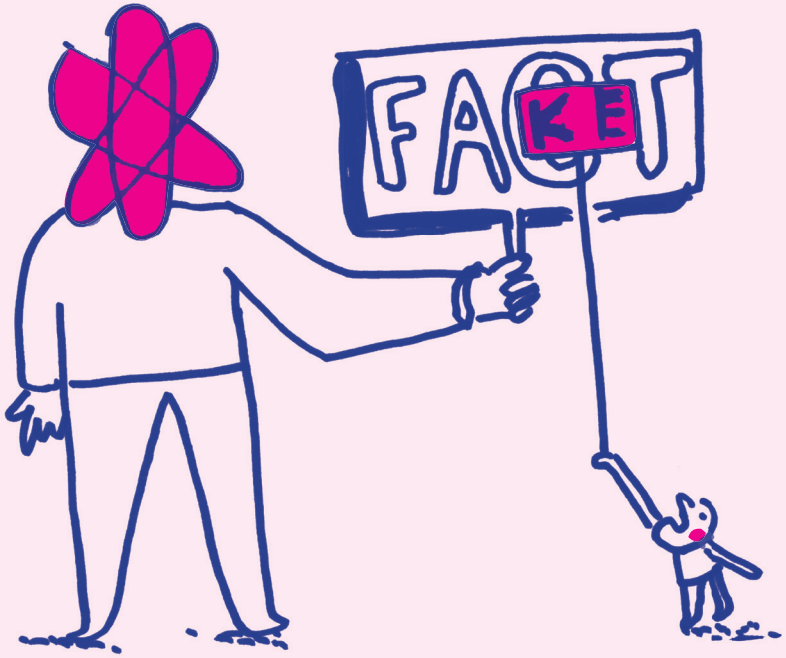
„Feinden“. Das ist das Kerngeschäft der traditionellen Wissenschaftstheorie, aus soziologischer Perspektive allerdings ist es auch eine Praxis, die ideologiekritisch als interessengeleitetes „boundary work“ analysiert werden kann (Gieryn 1983).

Unsichere Fakten

Das zweite Problem dagegen ergibt sich aus Debatten innerhalb der Wissenschaft, also innerhalb des Raumes, der durch die eben beschriebene Demarkation abgesteckt wurde. Hier geht es um unsichere Fakten bzw. um den Umgang mit unsicherem Wissen. Oft stößt man hier auf wissenschaftliche Debatten, die noch nicht geschlossen sind und insofern Raum für innerwissenschaftliche Diskussionen und Dissens bieten. Erst wenn solche Debatten vorläufig abgeschlossen sind, spricht man auch von „Konsens“.

Multiple Fakten

Das dritte Problem ist der Umgang mit der Pluralität disziplinärer und wertgeladener wissenschaftlicher Perspektiven. Hier geht es nicht um unsicheres Wissen, das im Prinzip jederzeit durch weitere Forschung in relativ sicheres Wissen transformiert werden kann, sondern um multiple Fakten, die jeweils für sich ein robustes Wissen repräsentieren, zugleich aber in Spannung zueinander stehen können. Gerade bei komplexen gesellschaftlichen Problemlagen wie der Corona-Pandemie liegt es auf der Hand, dass trotz des naturwissenschaftlichen Konsenses über grundlegende epidemiologische Prozesse diejenigen Fragen, die den praktischen Umgang mit der Pandemie betreffen, oft vielfältige Antworten finden. Diese multiplen Fakten sind keine alternativen oder pseudowissen-



schaftlichen Fakten, es sind aber auch nicht bloß unsichere Fakten, die durch mehr Forschung aus der Welt geschafft werden können (Sarewitz 2004).

Alle drei Probleme wiederum verweisen auf Fallstricke, die es in der Wissenschaftsforschung ebenso wie in der Wissenschaftskommunikation zu vermeiden gilt. Beispielhaft sei ein solcher Fallstrick im Zusammenhang mit dem ersten Problemkomplex erläutert. Der Begriff der alternativen Fakten ist seit Trump mit einem bestimmten Ursprung von Desinformation assoziiert: Er zielt insbesondere auf rechtspopulistische Tendenzen und Verschwörungserzählungen. Es dürfte deshalb sinnvoll sein, über begriffliche Alternativen nachzudenken. Ein interessanter Kandidat ist der Begriff der „Halbwahrheiten“, wie ihn die Literaturwissenschaftlerin Nicola Gess (2021) definiert hat. Gess hebt hervor, dass Desinformation

zwar oft um einen minimalen Kern von Wahrheit herum gebaut wird, sich ansonsten aber wesentlich durch die innere Kohärenz, nicht durch die Korrespondenz mit externen Sachverhalten auszeichnet. Ein solcher Begriff ist thematisch und auch politisch offener gebaut, allerdings führt Gess selbst in ihrem Buch auch wieder primär rechtspopulistische und verschwörungstheoretische Beispiele auf. Man kann deshalb die Frage stellen, ob durch diesen politisierten Blick andere Formen von Halbwahrheiten oder Desinformation vernachlässigt werden – zum Beispiel das Problem, dass im öffentlichen Raum der Wissenschaftskommunikation manche Akteure dazu neigen, die kursierenden Halbwahrheiten mit alternativen Halbwahrheiten zu bekämpfen, also gewissermaßen kybernetisch „übersteuern“: Die Desinformation, dass Impfungen unfruchtbar machen, wird dann beispielsweise mit der Halbwahrheit gekontert, dass Impfungen keine Nebenwirkungen haben. Das Beispiel zeigt eine Art Regelkreislauf zwischen verschiedenen Arten Halbwahrheiten, die aufeinander reagieren, zugleich aber durch unterschiedliche Kontexte und Motive – gelegentlich auch durch beste Absichten – geprägt sind. Das Ziel müsste sein, hier wieder in den „mittleren“ Bereich der Wahrheit zurückzusteuern und in diesem Raum herauszuarbeiten, welches Wissen noch unsicher ist und wie mit der Vielfalt legitimer Wahrheiten und ihrer jeweiligen Wertgeladenheit umzugehen ist.

Literatur
Gess, N. (2021). Halbwahrheiten. Zur Manipulation von Wirklichkeit. Berlin. Matthes & Seitz.
Gieryn, T. F. (1983). Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science: Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists. American Sociological Review, 48(6), 781–795.
Sarewitz, D. (2004). How Science Makes Environmental Controversies Worse. Environmental Science & Policy, 7(5), 385–403.
Van Dyk, S. (2021). Die Krise der Faktizität und die Zukunft der Demokratie. Strukturwandel der Öffentlichkeit in Zeiten von Fake News, Technokratie und Wahrheitskritik. Leviathan, 48. Jg, Sonderband 37: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit, 68–90.

Wissenschaft und Politik in der Pandemie – Lektionen der COVID-19-Krise

Workshop-Program im Projekt „Improving Interdisciplinary Knowledge Integration in Public Health Crisis Management“

24. und 25. Juni 2022

UNIVERSITÄT ZU LÜBECK

Programm am 24.6.2022

14:00–14:15 **Begrüßung und Einleitug** Simon Lohse, Jörn Knobloch, Cornelius Borck

Wissenschaftliche Politikberatung zu Beginn der Pandemie

14:15–14:45 **Politikkoordinierung und Politikberatung in der Pandemie. Das Beispiel der Bund-Länder-Konferenzen** Jochen Franzke (Potsdam)

14:50– 15:20 **Expert*innenräte in der COVID-19-Pandemie – die Public Health-Perspektive** Brigitte Strahwald (München)

- Kaffeepause -

Rolle und Funktion des Wissens in der Beratung

15:40–16:10 **Die COVID-Datastrophe: Die RKI-Zahlen aus Perspektive der kritischen Datenanalyse** Simon Hegelich (München)

Neue Dynamiken der Beratung – Modellierungen und Soziale Medien

16:15–16:45 **Performativität von epidemiologischen Modellen: Fluch oder Segen?** Philippe v. Baßhuysen (Hannover)

16:50–17:20 **Wissenschaftskommunikation in der COVID-19 Pandemie und ihr Umgang mit Unsicherheit und öffentlichem Vertrauen** Friederike Hendriks (Braunschweig)

- Kaffeepause -

Werte in Wissenschaft und Politikberatung

17:40–18:10 **Wissenschaft und Werte in der Corona Pandemie** Urban Wiesing (Tübingen)

18:15–18:45 **Chancen und Grenzen von Public Health Ethik in der Politikberatung** Verina Wild (Augsburg)

18:50–19:10 **Tagesreflexion** Cornelius Borck (Lübeck)

Programm am 25.6.2022

Perspektiven der Beratung: Moralisierung, Professionalisierung oder Emotionalisierung?

9:00–9:30 **Zur Integration von Fakten und Werten in der wissenschaftsbasierten Politikgestaltung** Karim Bschir (St. Gallen)

9:35–10:05 **Professionalität von Expertise in der „Corona-Krise“** Michaela Pfadenhauer (Wien)

10:10–10:40 **Gefühlte Wahrheiten – Politikberatung in postfaktischen Zeiten** Ortwin Renn (Potsdam)

- Kaffeepause -

Das Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik

11:10–11:40 **Institutionalisierte Beratung unter Zeitdruck: Ad-hoc-Stellungnahmen der Leopoldina** Christian Anton (Halle)

11:45–12:15 **Benevolenter Paternalismus - Regieren nach Corona** Richard Münch (Friedrichshafen)

12:20–12:50 **„Follow the Science“ - aber wohin? Vom Umgang mit multiplen Fakten in der Pandemie** David Kaldewey (Bonn)

Tagesreflexion

12:50–13:20 Christina Schües (Lübeck)
13:20–13:30 Verabschiedung

Ort:
Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung
Universität zu Lübeck
Königstrasse 42
23552 Lübeck